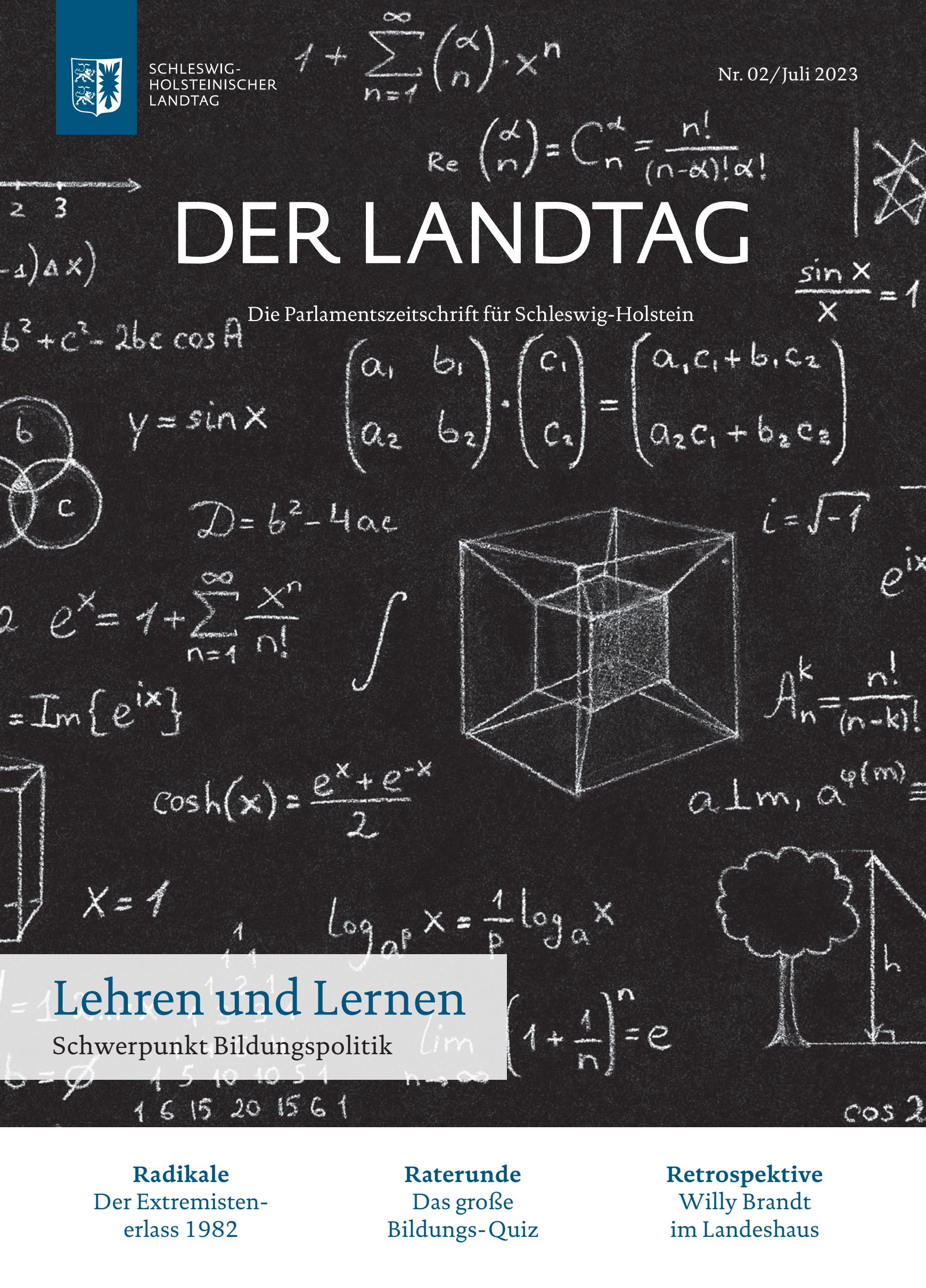




DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Lehren und Lernen

Schwerpunkt Bildungspolitik

Radikale
Der Extremisten-
erlass 1982

Raterunde
Das große
Bildungs-Quiz

Retrospektive
Willy Brandt
im Landeshaus

03 Meldungen

Bildungspolitik

06 Lernmittelfreiheit,
„August-Lücke“ in den Kitas

07 Musikschulen,
Schwimmunterricht

08 WiPo, Minderheiten
im Unterricht

09 Schulsozialarbeit, Lehrer
im Vorbereitungsdienst

10 Übergang Schule – Kita,
Jura-Examen

11 **Einfache Sprache:** Hilfe für
Menschen ohne Schul-Abschluss

12 **Rückblick 1982:** Streit um
„Radikale“ im Lehrerzimmer



Der Umgang mit vermeintlichen oder tatsächlichen Extremisten war vor 40 Jahren im Landtag heiß umstritten.

14 **Kommunalwahl:** Klagen
in Schleswig, Unterstützung
für engagierte Frauen

15 **Die Seite für das Ehrenamt**

16 **Das Bildungs-Quiz:**
Zwölf Fragen – ein Lösungswort



Es geht um die Landesgeschichte – und um aktuelle Abi-Aufgaben.

18 **Plenum:** A23-Ausbau, Parität
in Landesunternehmen, Kosten-
beteiligung für „Klima-Kleber“,
Nationalpark Ostsee,
Haushaltssperre, Praxisgebühr,
EU-Flüchtlingspolitik,
Regierungsbilanz,
Wolf im Jagdrecht

23 **Ausschüsse:** Hacker-Angriffe,
Konsequenzen aus Brokstedt,
Absentismus an den Schulen,
öffentliche Petition für
kostenfreie Kita

26 Personalien

27 **Willy-Brandt-Ausstellung:** Der
Lübecker hinterließ auch Spuren in
Kiel



Vom Lübecker Arbeiterjungen zum Exilanten und zum Bundeskanzler: Willy Brandt

28 **Bücher:** Bibliothek renoviert,
Platt-Emmi, Vorlesewettbewerb,
Raub jüdischen Eigentums,
Geschichte der Freizeit, nukleare
Abschreckung, Impressum

31 **Im Porträt:**
Sophia Schiebe (SPD)

31 **Ins Bild gerückt:**
Zu Besuch im Landeshaus

32 Termine, Termine, Termine

ZÄHLBARES
7,7%

So hoch war 2021 in
Schleswig-Holstein der
Anteil der Schulabgänger
ohne Abschluss.

Quelle: Kultusministerkonferenz

Mehr zur Bildungspolitik ab Seite 6,
mehr zum Thema Schulabgänger
auf Seite 11

Der Schnappschuss

Beim „Länderabend“ Anfang Mai ging es um Schweden, das im ersten Halbjahr 2023 die EU-Ratspräsidentschaft innehatte. Der schwedische Botschafter in Deutschland, Per Anders Thöresson, sprach im Plenarsaal – und im Hintergrund fuhr die Fähre von Kiel nach Göteborg vorbei.

Trauer um Heide Simonis

Mit großer Trauer hat die Politik in Land und Bund auf den Tod von Heide Simonis reagiert. Die SPD-Politikerin, langjährige Ministerpräsidentin, Finanzministerin, Landtagsabgeordnete und schleswig-holsteinische Ehrenbürgerin, ist nach langer Krankheit am 12. Juli im Alter von 80 Jahren in Kiel verstorben.

„Wir gedenken heute der Frau, die durch ihren entschlossenen Weg ein Vorbild für eine ganze Generation von Politikerinnen, aber auch für Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft geworden ist“, sagte Parlamentspräsidentin Kristina Herbst bei der Eröffnung der Landtagssitzung am Tag nach Simonis' Tod. „Der Schleswig-Holsteinische Landtag verneigt sich vor ihrem Lebenswerk.“ Herbst erinnerte daran, dass Heide Simonis stets eine „Wegbereiterin für eine gleichberechtigte Gesellschaft“ gewesen sei: 1976 als damals jüngste Bundestagsabgeordnete, als erste SPD-Frau im Haushaltsausschuss, 1993 als erste Frau an der Spitze einer deutschen Landesregierung und 2014 als erste Ehrenbürgerin des Landes. „Ich trauere um eine große Politikerin und um eine leidenschaftliche Schleswig-Holsteinerin“, sagte Ministerpräsident Daniel Günther. Heide Simonis habe mit ihrer Persönlichkeit, ihrem Engagement, ihrer Menschlichkeit und ihrer Geradlinigkeit Schleswig-Holstein noch liebenswerter gemacht.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bezeichnete Heide Simonis als „herausragende politische Persönlichkeit“ und „leidenschaftliche Politikerin, die sich nicht hinter den Floskeln strategischer Kommunikation versteckte, sondern ihr Herz auf der Zunge trug“. Bundeskanzler Olaf Scholz

nannte sie ein Vorbild für viele in der Politik: „Mit ihrer durchsetzungsstarken Art überzeugte sie schon als junge Bundestagsabgeordnete – auch mich.“

„Das heutige Schleswig-Holstein ist stark vom Wirken der Reformregierungen unter Leitung von Heide Simonis geprägt“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Losse-Müller: „Unter ihrer Führung wurde der Naturschutz verstärkt, der Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt, die Gleichstellungspolitik modernisiert und die Verbindungen von Schleswig-Holstein mit Europa vertieft.“ Die SPD-Fraktion werde ihr ehemaliges Mitglied in dankbarer Erinnerung behalten: „Wir sind stolz darauf, dass Heide eine von uns war.“

Auch die Vorsitzenden der anderen Fraktionen bekundeten ihre Trauer. „Eine große Schleswig-Holsteinerin ist von uns gegangen“, sagte Tobias Koch (CDU). Heide Simonis sei „eine offene und engagierte Persönlichkeit“ gewesen, „die stets für ihre Überzeugungen gekämpft“ habe, so Lasse Petersdotter (Grüne). Christopher Vogt, (FDP) sagte: „Mit ihrer direkten Art verstand sie es, die Menschen im Land mitzunehmen und ihnen auf Augenhöhe zu begegnen.“ Heide Simonis, so Lars Harms (SSW), „war eine Landesmutter im besten Sinne des Wortes.“



„In diesem Jahr erwarten wir im Vergleich zum letzten Jahr rund 450 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen als noch 2022. Als Finanzministerin kann ich bei der Frage, ob am Jahresende der Haushalt verfassungskonform ist, nicht auf das Prinzip Hoffnung setzen.“
(**Finanzministerin Monika Heinold, Grüne**)

• • •

„Die ganze Geschichte war in etwa so, als wenn Sie 120 auf der Autobahn fahren und dann vor der Baustelle auf 100 reduzieren müssen. Und anstatt vorsichtig das Bremspedal zu betätigen, ziehen Sie einfach die Handbremse bis zum Anschlag. Im Wagen fliegt natürlich alles durcheinander.“

(**Oppositionsführer Thomas Losse-Müller, SPD**)

• • •

„Jeder Privathaushalt und jedes Unternehmen hätte genauso entschieden. Wenn das Einkommen sinkt, weil zum Beispiel ein Familienmitglied von Kurzarbeit betroffen ist, dann wird man sich im Familienrat sicherlich vereinbaren, in dieser Situation keine neuen Abos, keine neuen Verträge abzuschließen.“
(**Tobias Koch, CDU**)

• • •

„Obendrein verändern sich laufend die Rahmenbedingungen massiv. Gibt es eine Rezession? Wie belastbar sind Steuerschätzungen in dieser Zeit? Welche konkreten Auswirkungen haben umgesetzte oder geplante Steuerrechtsänderungen? Wie entwickelt sich die Inflation? Es ist gut, in dieser Phase eine stabile und lösungsorientierte Regierung wie diese zu haben.“

(**Lasse Petersdotter, Grüne**)

• • •

„Wer nicht einmal acht Wochen nach Verabschiedung des Landeshaushaltes meint, eine Haushaltssperre verhängen zu müssen, der hat schlicht und ergreifend grottenschlecht geplant und seinen Job nicht richtig gemacht, Frau Ministerin!“

(**Christopher Vogt, FDP**)

• • •

„Was mich wirklich überrascht hat: Dass man wirklich da ins Kabinett latschen kann und ohne eine schriftliche Vorlage sagen kann, passt auf, wir machen eine Vollbremsung. Und wir machen sie so, dass ihr alle politisch nicht mehr handeln könnt. Und die machen das auch noch mit!“

(**Lars Harms, SSW**)

Aus der Sondersitzung am 2. Juni zur Haushaltssperre, die das Finanzministerium zwischenzeitlich verhängt hatte. Nach Sparvorschlägen aus den Ministerien wurde die Sperre binnen 14 Tagen wieder aufgehoben.

Mehr auf Seite 20.

Armin Mueller-Stahl stellte seine Bilder vor

„Jüdische Freunde und Weggefährten“ – so heißt die Ausstellung mit Werken von Armin Mueller-Stahl, die noch bis zum 3. September im Landeshaus zu sehen ist. Zur Eröffnung Anfang Juli kam der Maler, Schauspieler und Musiker nach Kiel. Der 92-Jährige, der in Sierksdorf an der Lübecker Bucht lebt und seit 2010 Ehrenbürger des Landes ist, hat in seinem Bilderzyklus rund 60 Persönlichkeiten porträtiert. Die Bilder sind seit 2020, größtenteils während der Corona-Zeit, entstanden. Zu den Menschen, die Mueller-Stahl beeindruckt und geprägt haben, zählen Jurek Becker, Peter Ustinov, Hannah Arendt, Wolf Biermann und Leonard Bernstein. Die Gemälde sind Charakterstudien, aber auch persönliche Hommage. „Jüdische Menschen haben meine Lebensweichen gestellt“, so Mueller-Stahl. 90 Jahre nach der Machübernahme der Nationalsozialisten sei die Ausstellung im Landtag auch ein Zeichen gegen Antisemitismus, betonte Parlamentspräsidentin Kristina Herbst: „Jüdisches Leben hat seinen festen Platz in Deutschland.“



Mehr zur Ausstellung auf Seite 32

Marion Schiefer neu im Landtag



Marion Schiefer ist seit Mitte Juni Mitglied der CDU-Fraktion. Die Richterin am Amtsgericht Hamburg stammt aus Reinbek (Kreis Stormarn). Sie nimmt den Platz von Tim Brockmann ein, der zum Bürgermeister von Preetz gewählt wurde und der nach sechs Jahren im Parlament sein Mandat niedergelegt hat. Als nächstfolgende Kandidatin auf der CDU-Landesliste zur Landtagswahl im vergangenen Jahr rückt Schiefer in den Landtag nach.

Schiefer ist verheiratet und hat drei Kinder. Sie wurde in Wiesbaden geboren und war von 2007 bis 2008 Mitglied des Hessischen Landtages. In Stormarn ist sie CDU-Kreisvorsitzende. Sie ist die zweite Abgeordnete in der laufenden Wahlperiode, die zuvor einem anderen Landesparlament angehört hat – neben Bildungsministerin Karin Prien (CDU), die von 2011 bis 2017 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft war. In ihrer Fraktion ist Schiefer innenpolitische Sprecherin. Brockmanns Posten als stellvertretender Fraktionsvorsitzender hat der Abgeordnete Martin Balasus übernommen.

Mehr Personalien auf Seite 26

Partnerschaft mit ukrainischer Region Cherson

Schleswig-Holstein und die Landeshauptstadt Kiel planen mit der von Russlands Angriffskrieg schwer getroffenen ukrainischen Region Cherson und der gleichnamigen Gebietshauptstadt Solidarpartnerschaften.

Dieses Vorhaben trügen Landesregierung und Landtag gemeinsam, betonte Parlamentspräsidentin Kristina Herbst Ende Juni in Kiel: „Dass wir uns als Parlament ganz bewusst an die Seite der Menschen in der Oblast Cherson stellen, ist ein klares Bekenntnis dazu, dass das Recht des Stärkeren kein akzeptables Mittel der Politik ist.“ Russland hält aktuell weite Teile des südukrainischen Gebiets besetzt. Die Region ist infolge der Zerstörung des Kachowka-Staudamms teilweise überflutet.

„Schleswig-Holstein steht seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs fest an der Seite der Ukraine“, sagte Ministerpräsident Daniel Günther. Seitdem habe das Land 34.000 Menschen aus den umkämpften Gebieten aufgenommen, darunter mehr als 7.000 Kinder und Jugendliche. Regierung und Landtag haben die Pläne mit dem ukrainischen Botschafter Oleksii Makeiev beraten. Nach Befreiung aller Gebiete werde die Ukraine

politische, aber auch wirtschaftliche Unterstützung brauchen, so der Botschafter.



Gemeinsamer Auftritt in Kiel zum Start der neuen Partnerschaft: Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer, Landtagspräsidentin Kristina Herbst, Botschafter Oleksii Makeiev, Iryna Tybinka, Generalkonsulin der Ukraine in Hamburg, und Ministerpräsident Daniel Günther (v.li.)

Beziehung zu Südtirol vertieft

Die Landtage von Schleswig-Holstein und Südtirol haben ihre Partnerschaft vertieft. Ende Juni reiste der Ältestenrat des Kieler Landesparlaments für fünf Tage nach Norditalien.

Neben Gesprächen mit Südtirols Landtagspräsidentin Rita Mattei und den dortigen Fraktionsvorsitzenden besuchte die Delegation aus dem Norden einen Technologiepark, den Naturpark Fanes-Sennes-Prags und die Freie Universität Bozen. Auch die Baustelle des Brenner-Basistunnels, der wie der deutsch-dänische Fehmarnbelt-Tunnel ein zentrales europäisches Verkehrsprojekt ist, stand auf dem Programm. Mit dem Südtiroler Regierungschef, Landeshauptmann Arno Kompatscher, sprachen die Schleswig-Holsteiner über Fachkräftemangel im Tourismus und den Ausbau erneuerbarer Energien.

„An Gemeinsamkeiten zwischen Südtirol und Schleswig-Holstein mangelt es nicht“, betonte die Kieler Landtagspräsidentin Kristina Herbst

und verwies auf die sprachliche und kulturelle Vielfalt in beiden Regionen: „Zwischen Südtirol und Schleswig-Holstein gibt es viele Synergien, die wir nutzen können. Diese weiter auszubauen, darauf liegt der Fokus unseres Austau-

ches.“ Die beiden Regionalparlamente stehen seit 2017 in engem Kontakt. Dem Ältestenrat gehören die Landtagspräsidentin, ihre Vizes sowie die Fraktionsvorsitzenden an. Es war die erste Auslandsreise des Gremiums seit 2018.



Treffen in Bozen, der Hauptstadt Südtirols (v. li.): Die Landtagsvizepräsidentinnen Jette Waldinger-Thiering, Annabell Krämer und Beate Raudies, Lasse Petersdotter (Grüne), Landtagspräsidentin Kristina Herbst, Tobias Koch (CDU), Landeshauptmann Arno Kompatscher, Christopher Vogt (FDP), Thomas Hölck (SPD)

Schärfere Transparenzregeln beschlossen

Für die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages gelten jetzt strengere Regeln in Bezug auf Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte. Das Parlament hat im Juni einstimmig eine entsprechende Änderung des Abgeordnetengesetzes beschlossen.

Bereits seit 2017 müssen Abgeordnete darlegen, ob sie eine berufliche Tätigkeit neben ihrem Mandat ausüben, ob sie an Firmen beteiligt sind, und ob sie im Vorstand, Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines Unternehmens sitzen. Die Einordnung der Einkünfte aus diesen Tätigkeiten erfolgt in mehreren Stufen, die nun präziser gefasst und mit einem niedrigeren Schwellenwert versehen wurden. Die Skala reicht jetzt von Stufe 1 (jährliche Einkünfte bis 2.500 Euro) bis Stufe 9 (bis 75.000 Euro jährlich). Darüber hinaus soll, falls nötig, für jeweils 25.000 Euro mehr eine neue Stufe eingeführt werden. Die Eingruppierungen sollen auf der Website des Landtages und im Handbuch veröffentlicht werden.

Außerdem wurde jetzt klargestellt, dass Abgeordnete „keine entgeltliche Interessenvertretung für Dritte“ gegenüber dem Land Schleswig-Holstein ausüben dürfen, und dass sie keine Geschäfte zwischen Firmen und dem Land „anbahnen, vermitteln, abschließen oder abwickeln“ dürfen. Und: Spenden von mehr als 10.000 Euro müssen der Landtagspräsidentin gemeldet werden. Diese Angaben werden ebenfalls veröffentlicht.

Verfassungsgericht weist Wahl- beschwerden zurück

Das Landesverfassungsgericht hat Mitte Juli zwei Beschwerden gegen das Ergebnis der Landtagswahl vom Mai 2022 zurückgewiesen. Zuvor hatte bereits der Landtag die Einwände als unbegründet eingestuft. Die Beschwerdeführer hatten sich daraufhin an das Schleswiger Verfassungsgericht gewandt (Az. LVerfG 1/23 und 2/23).

Eine Beschwerde richtete sich gegen die Fünf-Prozent-Sperrklausel. „Diese Wahlprüfungsbeschwerde ist unzulässig, weil das Landes-

verfassungsgericht bereits im Oktober 2018 über eine gleichgelagerte Wahlprüfungsbeschwerde desselben Beschwerdeführers entschieden hat“, so das Gericht. Im zweiten Fall ging es um vermeintliche Manipulationen zulasten der AfD. Diese Beschwerde sei nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zweiwochenfrist eingegangen und deswegen unzulässig, hieß es aus Schleswig.

Diäten steigen um 4,3 Prozent

Die monatliche Entschädigung für die 69 Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist zum 1. Juli um 4,3 Prozent gestiegen. Sie beträgt nun 9.509 Euro. Grundlage der Neuberechnung sind die Zahlen des Statistikamts Nord über die allgemeine Gehaltsentwicklung im Lande. Dabei werden die Lohnsteigerungen in der freien Wirtschaft zu rund 80 Prozent und die der Angestellten und der Beamten im öffentlichen Dienst zu jeweils etwa zehn Prozent berücksichtigt. Die Höhe der Bezüge wird jährlich angepasst. Abgeordnete mit herausgehobenen Positionen, wie die Landtagspräsidentin und die Fraktionsvorsitzenden, erhalten eine Zulage.

Komplette Lernmittelfreiheit wohl nicht realistisch

Buntstifte, Schulbücher und Laptops aus Steuergeldern? SSW und SPD schlagen vor, dass das Land die „Hilfsmittel“ und das „Verbrauchsmaterial“ der schleswig-holsteinischen Schüler grundsätzlich übernimmt. Ziel sei es, die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus ärmeren Haushalten zu erhöhen. Koalition und FDP reagierten verhalten und verwiesen auf die Landeskasse. Es sei besser, bedürftige Schüler gezielt zu fördern, als das Geld „mit der Gießkanne“ auszugeben.

„Solange die Kosten von den Eltern getragen werden müssen, wird es keine Bildungsgerechtigkeit geben“, warb Jette Waldinger-Thiering (SSW) für eine entsprechende Ergänzung des Schulgesetzes. Ein schlecht ausgerüstetes Kind habe deutlich geringere Chancen als ein gut ausgerüstetes. Martin Habersaat (SPD) sah das genauso: „Es gibt viele Eltern, für die die stets steigenden Bildungskosten ein Problem sind.“ Er taxierte die Ausgaben der Eltern auf rund 1.200 Euro pro Kind und Schuljahr.

„Ich kann das Ansinnen nachvollziehen“, erwiderte Malte Krüger (Grüne). Eine solche „pauschale Kostenübernahme“ sei aber nur möglich, „wenn wir unbegrenzt Haushaltsmittel hätten“. Christopher Vogt (FDP) plädierte dafür, dass der Staat die digitalen Endgeräte der Schulkinder bezahlt. Hefte,



Unterschiedliche Auffassungen zur Kostenübernahme von Lernmitteln: Jette Waldinger-Thiering (SSW) und Malte Krüger (Grüne)

Stifte und Mappen seien hingegen eine Aufgabe der Eltern. „Warum soll der Steuerzahler für alle Kinder das Schulmaterial bezahlen?“, fragte Martin Balasus (CDU). Stattdessen müsse das Land die Betroffenen „zielgenau“ unterstützen, und dies geschehe im Rahmen des Perspektivschul-Programms der Landesregierung.

Perspektivschulen: Programm läuft weiter

CDU und Grüne riefen das Bildungsministerium deswegen auf, das Mitte 2024 auslaufende Programm fortzusetzen und um eine stärkere Anbindung an Kitas und die Jugendhilfe zu erweitern. Das 2019 aufgelegte Programm soll

Schulen an sozialen Brennpunkten stärken. Dafür stehen insgesamt rund 50 Millionen Euro bereit, die die Schulen in zusätzliches Personal und eigene Projekte investieren können. 62 Schulen im ganzen Land sind beteiligt. Schwerpunkte sind Kiel (zwölf Standorte) und Lübeck (elf). Das Programm sei das „Herzstück unseres Kampfes für Bildungsgerechtigkeit“, sagte Bildungsministerin Karin Prien (CDU) und kündigte an, es fortzusetzen und auszubauen. Der SPD-Abgeordnete Habersaat forderte, die zusätzlichen Lehrkräfte, die die Perspektivschulen mit den Geldern des Programms einstellen, mit unbefristeten Verträgen auszustatten. Dies sei bereits zu 76 Prozent der Fall, so die Ministerin.

Kitas: „August-Lücke“ wird abgefedert“

Die „August-Lücke“ für Kita-Kinder soll geschlossen werden. CDU und Grüne verabschiedeten Mitte Mai einen entsprechenden Gesetzentwurf.

Das Problem: Das Kita-Jahr endet am 31. Juli – Erstklässler werden bis 2025 aber erst Ende August oder Anfang September eingeschult. Eltern befürchteten, wochenlang ohne Betreuung dazustehen. Nun gebe es in dieser Frage Sicherheit, sagte Sozialministerin Aminata Touré (Grüne). Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz erstreckt sich jetzt bis zum Schuleintritt.



Zudem will die Koalition zusätzliches Personal in die Kitas locken. Es gibt künftig mehr Ausbildungsplätze für sozialpädagogische Assistenten (SPA), Angebote für Quereinsteiger sowie bessere Aufstiegschancen der SPA.

Die Opposition lehnte den Entwurf ab. Heiner Garg (FDP) sprach von einem „Personalverschiebungsprogramm“, mit dem keine einzige neue Kraft gewonnen werde.

Musiklehrer werden knapp – Fördergesetz soll helfen

Angesichts des Lehrkräftemangels soll die Landesregierung bis Mitte 2024 einen Entwurf für ein Musikschulfördergesetz vorlegen. Ziel ist es, das „unverzichtbare“ Fach Musik zu stärken und mehr Lehramtsstudenten für diesen Bereich zu motivieren. Zudem sollen Kooperationen der Musikschulen mit allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie Kitas unterstützt werden. Denn nur wer in der Kindheit ein Instrument lernt, wird später die Musik zum Beruf machen, so die Überzeugung im Landtag. Der entsprechende Antrag von CDU und Grünen wurde bei Enthaltung der Opposition im Mai angenommen.

Es gehe um „nachhaltige kulturelle Bildung“, so Uta Röpcke (Grüne). Dies sei „ein wesentlicher Bestandteil von kultureller Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen“. Die Musikschulen seien „wichtige Partner für den Ganztag“, sagte Anette Röttger (CDU): „Sie brauchen verlässliche Strukturen, feste Qualitätsstandards und Planungssicherheit.“

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) nannte es „notwendig, eine flächendeckende Versorgung

des Landes mit Musikschulen zu erreichen“. Der Landesverband der Musikschulen hat derzeit 22 Mitgliedseinrichtungen.

Die Lage sei ernst, mahnte Sophia Schiebe (SPD), denn „den Musikschulen geht das Geld aus“, und dadurch stiegen die Kursgebühren. Das Land dürfe es nicht zulassen, „dass der Geldbeutel darüber entscheidet, ob ein Kind Geige, Klavier oder Flöte lernen kann“. Bereits heute werde „ein Großteil des Musikunterrichts in den

Schulen gar nicht von Fachkräften unterrichtet“, merkte Christopher Vogt (FDP) an. Er forderte die Regierung vergeblich auf, das Gesetz bereits bis Ende dieses Jahres vorzulegen.

Der SSW machte sich für ein „Kulturfördergesetz“ stark, das weitere Bildungsträger und auch Sportvereine umfasst. Es gehe darum, „unsere kulturellen Einrichtungen in Schleswig-Holstein abzusichern“, so die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering. Der Bildungsausschuss berät das Thema weiter.



Anette Röttger (CDU) betonte die Bedeutung musikalischer Harmonie: „Singen, musizieren und tanzen gehören zu den Grundbedürfnissen, die Kinder frühkindlich prägen.“ Christopher Vogt (FDP) will ein schnelleres Tempo anschlagen: „Mir kann niemand erklären, dass das das Kultusministerium ernsthaft überfordern würde.“



Großer Bedarf absehbar

Laut der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD aus dem Februar ist in den kommenden Jahren mit einem erheblichen Mangel an Musiklehrern zu rechnen. So besteht an den Grundschulen bis 2032 ein Bedarf von 973 Neueinstellungen. An den Hochschulen des Landes haben derzeit aber lediglich 65 Studenten diesen Zweig belegt. Das entspricht sieben Prozent des Bedarfs. An den Gemeinschaftsschulen können die Hochschulen den Bedarf demzufolge zu 31 Prozent decken und an den Gymnasien zu 39 Prozent.

Viele Grundschüler können nicht schwimmen

Zahlreiche Schwimmbäder haben die Tore geschlossen, und während der Coronapandemie ist der Schwimmunterricht vielfach ausgefallen. Die Folge: Der Anteil der Nichtschwimmer unter den Grundschulern in Deutschland hat sich binnen fünf Jahren verdoppelt. Im vergangenen Jahr hätten 20 Prozent der Kinder zwischen sechs und zehn Jahren nicht schwimmen können – fünf Jahre zuvor seien es zehn Prozent gewesen, teilte die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) im Januar mit.

Die Koalition forderte vor diesem Hintergrund im Mai „Sofortmaßnahmen“ von der Landesregierung. Schulen, die derzeit

keinen Schwimmunterricht anbieten, sollen „umfassend unterstützt“ werden. Der „Runde Tisch Schwimmen“, an dem das Land mit Kommunen, Sportverbänden und DLRG zusammenkommt, soll weitere Vorschläge unterbreiten. Das Land habe zudem vier Millionen Euro Energiekostenzuschuss für Schwimmbadbetreiber bereitgestellt, berichtete Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Hinzu kämen 336.000 Euro für Schwimmkurse und Lehrerfortbildung.

Der Opposition reichte das nicht aus. Jede fünfte Grundschule im Lande biete derzeit keinen Schwimmunterricht an, monierten SPD, FDP und SSW in einem gemeinsamen

Antrag. Das Land müsse deswegen ein Verzeichnis aller nutzbaren Wasserflächen erstellen, Schwimmlehrer an mehreren Schulen einsetzen und externe Fachkräfte heranziehen. Zudem müsse es eine „Wassergewöhnung“ für Kita-Kinder geben, und die Angabe „Kann sicher schwimmen“ oder „Kann nicht sicher schwimmen“ müsse ins Übergangszugzeugnis zur weiterführenden Schule aufgenommen werden. Dies hätten auch mehrere Experten bei einer Anhörung des Bildungsausschusses empfohlen, betonte Martin Habersaat (SPD). Die Koalition lehnte das Papier der Opposition ab: Viele der Vorschläge seien bereits „beschlossene Sache“.

Mehr WiPo-Unterricht und „Lebenspraxis“ gefordert

In Zeiten von Fake News, Verschwörungstheorien und weltweiten antidemokratischen Tendenzen hat die politische Bildung an den Schulen eine wachsende Bedeutung. Darüber herrschte im Juni Einigkeit im Landtag. Entsprechend müsse das Fach Wirtschaft und Politik (WiPo) ausgebaut werden, lautete eine Forderung – mit mehr Wochenstunden und einem Start in einer früheren Jahrgangsstufe.

Christopher Vogt, dessen FDP-Fraktion die Debatte angestoßen hatte, forderte, WiPo flächendeckend ab der 5. Klasse zu unterrichten. Derzeit sollen alle Schüler zwischen dem 5. und 10. Jahrgang mindestens zwei Jahre Politikunterricht erhalten. Das kann im Rahmen von WiPo, aber auch als Teil des Geschichts- oder Erdkundeunterrichts geschehen. In der Oberstufe ist ein Jahr WiPo Pflicht. Vogt betonte: „Nichts immunisiert so gut gegen Extremismen aller Art wie eine fundierte politische Bildung.“ Es gehe darum, Kinder „von klein auf zu befähigen, zwischen wahr und unwahr zu unterscheiden“, so Wiebke Zweig (CDU). Malte Krüger (Grüne) gab zu bedenken: Die nötigen finanziellen Mittel und die Lehrkräfte stünden „nicht um die Ecke“. WiPo werde derzeit häufig von fachfremden Lehrern unterrichtet.



Politische Bildung an der Schule: Unter dem Motto „Dialog P“ treffen Schüler mit Landtagsabgeordneten zusammen, wie hier an der Klaus-Groth-Schule in Neumünster.

Es gebe „viele tolle Konzepte“, sagte Martin Habersaat (SPD), beispielsweise Demokratie-Kitas, Gespräche mit Mandatsträgern beim Projekt „Dialog P“, „Juniorwahl“ oder „Planspiel Rathaus“. Aber es fehle ein durchgehender Plan. Zudem müssten Jugendliche früh mit den Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft in Kontakt kommen, so der Liberale Vogt – etwa mit Steuern, Versicherungen, Aktien und Mietverträgen. Schüler wollten lernen, so Sybilla Nitsch (SSW), „was man

beachten muss, wenn man zu Hause auszieht. Wie melde ich mich um? Welche Versicherung brauche ich, und wie regele ich meine Bankangelegenheiten?“

Die Landesregierung messe der politischen und wirtschaftlichen Bildung eine hohe Bedeutung bei, unterstrich Bildungsministerin Karin Prien (CDU) und kündigte an, das Angebot weiter auszubauen.

Minderheitenpolitik an die Schulen und ins Grundgesetz

Erneuter Einsatz für Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Platt-Schnacker: Die vielschichtige Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins und des deutsch-dänischen Grenzgebiets soll an den Schulen eine größere Rolle spielen. Das regte der Landtag Mitte Juni in großer Übereinstimmung an. Ein entsprechendes Konzept, das Unterrichtsmaterial und Lehrerfortbildung beinhaltet, soll Mitte 2024 vorliegen.

Bildungsministerin Karin Prien (CDU) verwies auf derzeit mehr als 50 deutsch-dänische Schulpartnerschaften. Ziel sei es, weitere 20 Partnerschaften zwischen Oberschulen auf beiden Seiten der Grenze zu vermitteln. An 65 staatlichen Schulen im Lande gebe es Dänisch-Unterricht, und rund 5.000 schleswig-holsteinische Schüler lernen die Nachbarsprache. „Wir sind in Europa eine Beispielregion“, sagte Uta Wentzel (CDU). Neben dem Abbau physischer Barrieren wie Grenzkontrollen müssten aber auch sprachliche Barrieren beseitigt werden.

Dirk Kock-Rohwer (Grüne) unterstrich: „Wir wollen eine Region sein, die eine Grenze nicht als Abgrenzung, sondern als

Verbindung, als Chance begreift.“ Birte Pauls (SPD) sah „ordentlich Luft nach oben“. Die Wissensvermittlung an den Schulen geschehe momentan „höchstens per Zufall“. Je weiter die Grenze entfernt liege, desto geringer sei das Wissen um diese Thematik, so Pauls.

Erneuter Anlauf in Berlin

Schutz und Förderung der autochthonen, also seit Jahrhunderten im Lande ansässigen Minderheiten soll nach Willen des Landtages in Artikel 3 des Grundgesetzes verankert werden, der den Gleichheitsgrundsatz beinhaltet. Auch darüber herrschte Einigkeit. Dies sei keine reine Symbolik, betonte Sybilla Nitsch (SSW). Es gelte, Schutz und Förderung langfristig abzusichern, unabhängig von wechselnden politischen Mehrheiten. Heiner Garg (FDP) merkte an, dass der Landtag bereits seit den 1990er Jahren eine Grundgesetzweiterung fordere – zuletzt im Jahr 2019: „Es ist schade, dass wir immer wieder neue Anläufe nehmen müssen.“

Viele Lehrer brechen ihre Ausbildung ab

Landtag will Referendariat verbessern

Jeder siebte angehende Pädagoge bricht seine Laufbahn bereits während des Vorbereitungsdienstes, des Referendariats, ab. Der Wechsel von der Uni an die Schule bringe oft einen „Praxisschock“ mit sich, hieß es im Juni im Landtag. Den gelte es abzufedern.

CDU und Grüne legten ein Maßnahmenpaket vor, das auf breiten Zuspruch stieß. So sollen Lehrer im Vorbereitungsdienst (LiV) bessere Rückmeldungen über ihre Fortschritte bekommen. Die Bewertung ihrer Leistungen soll transparenter werden, und LiV sollen sich besser vernetzen können und mehr Mitsprache erhalten. Wer für sein 18-montiges Referendariat in eine abgelegene Gegend kommt, soll zudem mehr Gehalt oder einen Fahrtkostenzuschuss bekommen. Die SPD forderte darüber hinaus Konzepte für Quereinsteiger, mehr Praxisbezug im Studium und eine verbindliche „Berufseingangsphase“

nach Ende des Referendariats. FDP und SSW riefen Schwarz-Grün auf, nicht nur „Prüfaufträge“ zu formulieren, sondern rasch „anzupacken“.

Martin Balasus (CDU): „Angehende Lehrkräfte starten in den Vorbereitungsdienst, weil sie in ihrem Wunsch- und Traumberuf arbeiten wollen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen dafür die bestmöglichen Bedingungen zu schaffen.“

Malte Krüger (Grüne): „Der Vorbereitungsdienst ist qualitativ hochwertig, aber er ist nicht beliebt. Es ist keine Zeit, auf die man sich freut oder der man sehnsüchtig entgegenfiebert.“

Martin Habersaat (SPD): „Die Zahl der Lehramtsstudierenden in Deutschland sinkt. Das ist angesichts des Lehrkräftemangels eine schlechte Nachricht. Schon heute ist jede zehnte Lehrkraft an den Schulen in Schleswig-Holstein keine ausgebildete Lehrkraft.“

Christopher Vogt (FDP): „Das Referendariat ist für viele angehende Lehrkräfte eine ziemliche Herausforderung. Es ist für viele junge Menschen eine hohe Belastung, und es gibt leider auch nur eine recht schmale Bezahlung.“

Sybilla Nitsch (SSW): „Es muss verhindert werden, dass man in der Ausbildung an seine physischen und psychischen Grenzen gerät. Ich weiß von vielen Kollegen, dass das Narben hinterlässt.“

Bildungsministerin Karin Prien (CDU): „Entgegen dem Bundestrend ist die Zahl der Studienanfänger in den Lehramtsfächern in Schleswig-Holstein seit 2012 sukzessive deutlich gestiegen. Wir arbeiten bereits an einer Neufassung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung. Diese soll zum 1. Februar 2024 in Kraft treten.“

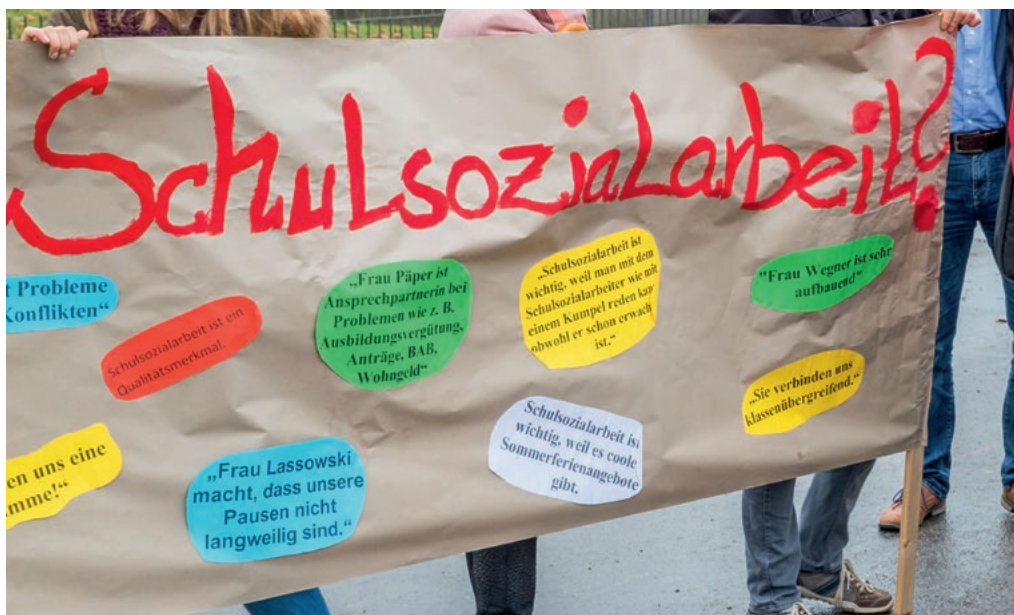
Schulsozialarbeit gewinnt an Bedeutung

Die Lockdowns während der Coronapandemie haben vielen Kindern und Jugendlichen mental zugesetzt. Zudem herrscht an zahlreichen Schulen Lehrermangel. Unter diesen Bedingungen kommt der Schulsozialarbeit eine wachsende Bedeutung zu. Darüber herrscht Einigkeit im Landtag.

SSW und SPD, die die Debatte angestoßen hatten, riefen die Landesregierung im Juni auf, diesen Bereich stärker zu fördern. Sie fordern mehr Geld und mehr Personalstellen für mehr Schulen als bisher. Cybermobbing, „Verrohung durch digitalen Medienkonsum“ sowie „Heterogenität durch Inklusion und Migration in viel zu großen Klassenverbänden“ seien alltägliche Probleme, so Sybilla Nitsch

(SSW). Vor diesem Hintergrund sei die „Berücksichtigung der individuellen Bedarfe“ von Kindern und Jugendlichen für Lehrkräfte allein kaum zu leisten. Die Sozialarbeit müsse deswegen „fester Bestandteil der Schulfinanzierung“ sein – pro Schule würden „mindestens 100.000 Euro“ benötigt.

Die Koalition verwies auf die Anstrengungen der vergangenen Monate, etwa auf das Programm „Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bei psychosozialen Folgen von Pandemie und Krisen“. Darin seien bis 2024 rund zehn Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden, darunter 3,1 Millionen Euro für den schulpsychologischen Dienst und fünf Millionen Euro für die Sozialarbeit. Hinzu komme das Projekt „PRO-Jung“, das die während der Pandemie entstandenen psychischen Belastungen durch „Frühintervention und Prävention“ abmildern soll. „Wir sind da wirklich am Ball“, betonte Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Allerdings sei es schwer, geeignetes Personal zu finden, und die finanziellen Mittel seien knapp. Prien sprach sich deswegen gegen eine Förderung „mit der Gießkanne“ aus. Das Land wolle gezielt Schulen „mit besonderen Herausforderungen“ unterstützen.



Demo für Schulsozialarbeit mit Lob für Frau Lessowski, Frau Wegner und Frau Pärer. Landesweit gibt es aktuell etwa 730 Vollzeitstellen in diesem Bereich.

Sprach-Check für Viereinhalb-Jährige im Gespräch

Die jüngste „Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung“ (IGLU) zeichnet ein alarmierendes Bild: Rund ein Viertel der deutschen Grundschüler kann nach der vierten Klasse nicht ausreichend lesen. Um gegenzusteuern, könnten Kinder in Schleswig-Holstein künftig bereits 18 Monate vor der Einschulung, mit viereinhalb Jahren, zu einem „Screening“ geladen werden. Dieser Kurs fand im Juli breiten Zuspruch. Die Opposition übte dennoch scharfe Kritik an der Bildungspolitik: Das Problem sei zu lange verschleppt worden.

Bereits vor vier Jahren habe Bildungsministerin Karin Prien (CDU) das „Screening“ in einem Interview als gute Idee bezeichnet, merkte Martin Habersaat (SPD) an. Passiert sei jedoch nichts. Er verwies auf Hamburg, wo neben der Sprache auch die körperliche, kognitive und emotionale Entwicklung eines Kindes frühzeitig in den Blick genommen werde. Dies habe zu beachtlichen Erfolgen geführt und könne auf Schleswig-Holstein übertragen werden: „Das könnten Sie heute beschließen.“

Christopher Vogt (FDP) forderte verpflichtende Sprachtests für alle Viereinhalb-Jährigen und eine „Offensive zur Stärkung der Grundschulen“: je eine Unterrichtsstunde mehr in Deutsch und Mathe, Nachhilfe für Schüler mit Lerndefiziten, Lesepatenschaften und ein Ausbau der Ganztagsangebote. Es gebe zurzeit keine verbindlichen Vorgaben für die Kooperation von Kita und Schule, monierte Jette Waldinger-Thiering (SSW).

„Es wird nicht die eine Maßnahme sein, die eine Trendwende herbeiführt“, entgegnete Bildungsministerin Prien. Sie brachte eine Erhöhung der täglichen Lesezeit, die Einführung eines Grundwörterbuches und mehr Unterricht in Deutsch und Mathe ins Spiel. Diese Schritte



Frust statt Lust auf Bücher: ein Problem in vielen Kinderzimmern

sollten zunächst an den Perspektivschulen erprobt werden, so die Ministerin. „Hamburg macht es mit großem Erfolg vor“, warb Martin Balasus (CDU) für eine „frühzeitige Diagnostik von Förderbedarf“. Die derzeitigen SPRINT-Kurse („Sprachförderung intensiv“) mit täglich zwei Stunden Deutschunterricht für eine Dauer von 20 Wochen reichten nicht aus.

Schleswig-Holstein sei nicht Hamburg, merkte Malte Krüger (Grüne) an. Die Wege in einem Flächenland seien länger, die Schulverwaltung sei anders organisiert, und es gebe „zwischen Städten und Gemeinden eine große Diversität“. Die für Kitas zuständige Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) rief dazu auf, Kinder in ihren Fähigkeiten zu stärken und nicht nur eine „defizitorientierte Perspektive“ einzunehmen. Ihr Haus werde sich das Hamburger Modell genau ansehen.

Jura-Examen wird umfangreicher

Das erste Staatsexamen im Fach Jura wird im Februar 2024 verschärft – trotz Protesten aus der Studentenschaft und der Opposition im Landtag. CDU und Grüne beschlossen im Juli einen Antrag, in dem sie die vom Justizministerium auf den Weg gebrachte Neufassung der Juristenausbildungsverordnung (JAVO) verteidigen: Diese sei „geeignet, die Qualität der Ausbildung zur Einheitsjuristin und zum Einheitsjuristen zu sichern“.

Die Streitpunkte: In der JAVO soll eine zusätzliche Strafrechtsklausur verankert werden. Damit müssten sieben statt bisher sechs Klausuren innerhalb kurzer Zeit geschrieben werden – jede mit einer Dauer von fünf Stunden. Zudem sei mehr Lernstoff zu bewältigen, klagt die Fachschaft Jura an der Kieler Uni und spricht von



einem „Horror-Examen“. Die Studentenvertreter haben eine öffentliche Petition gestartet, die binnen vier Wochen rund 2.700 Unterstützer gefunden hat. Am Tag vor der Plenarsitzung trug die Fachschaft ihr Anliegen im Petitionsausschuss öffentlich vor.

SPD, FDP und SSW sprangen den Studenten im Plenum zur Seite. Marc Timmer (SPD) sprach von einer „unnötigen Verschärfung“, die „unserem Verständnis von humanen Studienbedingungen“ widerspreche. Justizministerin Kerstin von der Decken (CDU) begründete hingegen den JAVO-Umbau: „Bedauerlicherweise sind bei uns in Schleswig-Holstein die Ergebnisse in den Strafrechtsklausuren seit Jahren nicht zufriedenstellend.“

Der Land-Tag in Einfacher Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter oder Einfacher Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte und Einfache Sprache zu schreiben.

Hilfe für Menschen ohne Schul-Abschluss

Viele jungen Menschen in Schleswig-Holstein verlassen die Schule ohne Schul-Abschluss. Sie finden danach oft keinen Ausbildungs-Platz. Aber auch diese Menschen brauchen eine Arbeit. Denn sie haben viele Talente. Das sagen die Abgeordneten im Landtag.

Jette Waldinger-Thiering ist vom SSW. Sie sagt: Viele junge Menschen besuchen eine Förder-Schule. Aber der Förder-Abschluss gilt nicht als Schul-Abschluss. Das ist un-gerecht. Der Förder-Abschluss muss ein richtiger Schul-Abschluss werden.

Patrick Pender ist von der CDU. Er sagt: Förder-Schüler sind ent-täuscht wenn sie keinen Abschluss machen können. Sie gelten dann als lern-behindert. Dabei können sie mit Freude und Leidenschaft in einem Betrieb mit-arbeiten.

Christopher Vogt ist von der FDP. Er sagt: Das Problem beginnt oft schon in der Grund-Schule. Viele Grund-Schüler können heute nicht gut Deutsch sprechen. Sie schaffen dann später keinen Schul-Abschluss. Deswegen brauchen wir mehr Unterricht in den Grund-Schulen.

Malte Krüger ist von den Grünen. Er sagt: Wir brauchen nicht nur Lehrer an den Schulen. Auch **Sozial-Arbeiter** und **Psychologen** müssen den Schülern helfen. Und: Die Schule muss den ganzen Tag für die Kinder da sein. Nicht nur den halben Tag.

Martin Habersaat ist von der SPD. Er sagt: Wenn die Eltern nicht aus Deutsch-Land stammen dann haben ihre Kinder öfter diese Probleme. Wir brauchen mehr Sprach-Kurse. Kein Schul-Abschluss bedeutet oft: Die Menschen haben später weniger Geld und sind öfter krank.

Karin Prien ist die Bildungs-Ministerin von Schleswig-Holstein. Sie ist von der CDU. Sie sagt: Wir unter-stützen diese Schüler. Aber auch die Betriebe müssen ihnen helfen. Sie müssen ihnen eine Chance geben.



Bildungs-Ministerin Karin Prien

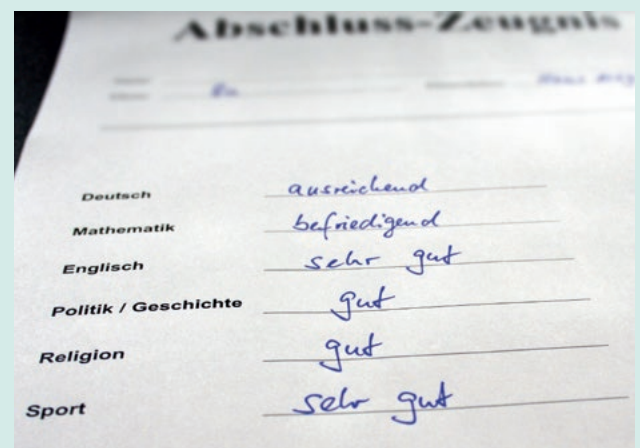


Patrick Pender von der CDU

Erklärungen

Sozial-Arbeiter wollen den Zusammen-halt an den Schulen stärken. Sie kümmern sich um schwächere Schüler. Sie helfen wenn es Streit mit den Mit-Schülern oder den Lehrern gibt.

Psychologen können helfen wenn Menschen traurig oder wütend sind. Oder wenn sie mit ihren Aufgaben über-fordert sind. Sie kümmern sich um Schüler aber auch um Lehrer und Eltern.



Jedes Abschluss-Zeugnis soll gut genug für eine Berufs-Ausbildung sein.



Jens Ruge FDP fand es „peinlich“, wenn ein Staat „nicht von der Verfassungstreue seiner Bürger ausgeht“.



Hans Detlef Stäcker (CDU) wies darauf hin, dass „sehr viele angesehene Sozialdemokraten“ den Extremistenbeschluss unterstützt hatten.

Öffentlicher Dienst soll „verfassungstreu“ sein

„Zehn Jahre quälen wir uns in diesem Landtag schon mit dem Extremistenbeschluss“, so der Sozialdemokrat Klaus Klingner im Landtagsplenum. Der Erlass sei eine „Fehlentwicklung“ und eine „typisch deutsche Mischung aus bürokratischer Perfektionierung, vermengt mit dem antikommunistischen Syndrom“, merkte der spätere Justizminister an. Innenminister Karl Eduard Claussen (CDU) hielt dagegen: „Ein verfassungstreuer öffentlicher Dienst ist ein Grundpfeiler unseres freiheitlichen Rechtsstaates.“ Das Leitbild der wehrhaften Demokratie fordere, „dass Verfassungsfeinden der Zutritt zur staatlichen Macht verwehrt bleibt, dass ihr Marsch durch die Institutionen verhindert wird“. Das Verfahren sei „rechtlich geboten“ und „rechtsstaatlich einwandfrei“, unterstrich der Minister. „Denn ein Extremist im öffentlichen Dienst ist schon einer zu viel.“

Jens Ruge (FDP) warf der Landesregierung vor, junge Menschen zu verunsichern „durch die Art und Weise, wie Sie den Rechtsstaat verteidigen zu müssen meinen“. Viele Jugendliche und junge Erwachsene empfänden die Regelanfrage beim Verfassungsschutz als „Gesinnungsschnüffelei“. Das Ergebnis sei „ein Klima in unserem Staat, das unserem freiheitlichen Rechtsstaat entgegenwirkt“. Das sah SSW-Mann Meyer ähnlich. Viele junge Menschen handelten jetzt nach dem Motto „Bloß ruhig sein, nicht auffallen, nicht demonstrieren und nicht kritisieren“. Er appellierte an die Landesregierung: „Zeigt Vertrauen, dann werden die Bürger uns auch vertrauen!“ Wenn eine offene, liberale Atmosphäre herrsche, „dann können wir auch einen kommunistischen Lehrer verkraften“.

CDU beruft sich auf Ex-Kanzler Brandt

Der CDU-Abgeordnete Stäcker hielt den Sozialdemokraten vor, dass es ausgerechnet ihr „großer Vorsitzender“ Willy Brandt gewesen war, der den Radikalenerlass 1972 auf den Weg gebracht hatte. „Wie kann es angehen, dass Ihr früherer Bundeskanzler etwas unterschrieben hat, was Sie jetzt nicht mehr anwenden wollen?“, fragte er die SPD-Abgeordneten. Brandt wollte mit diesem Schritt seine Ostpolitik absichern. Nach den Verträgen von Moskau und Warschau und den Gesprächen mit der DDR-Regierung war Brandt von der Opposition eine angebliche Nähe zum Kommunismus vorgeworfen worden. Das Durchgreifen gegen vermeintliche Linksradi-kale sollte diesen Eindruck revidieren. Jahre später bezeichnete er die Maßnahme als Fehler.

Der SPD-Politiker Klingner erinnerte an die Situation nach 1945: „All die vielen Beamten und Angestellten, die vorher die Gewähr dafür gegeben haben, dass sie jederzeit für Führer, Volk und Vaterland eintreten, die ihren Schwur auf Hitler geleistet haben, sind alle wieder aufgenommen worden.“ Rechtsradikale im Staatsdienst gebe es immer noch, stellte Klingner fest: „Sehen Sie sich doch einmal aus den 70er Jahren die Landeslisten der NPD zur Bundestagswahl und auch zu den Landtagswahlen an. Da finden Sie eine Versammlung öffentlich Bediensteter.“ Der SPD-Politiker warf die Frage auf, ob die Landesregierung „mit dem rechten Auge wie blind in die Gegend sehe“ – und löste damit den nächsten Proteststurm aus. „Das ist geradezu unverschämte“, rief der CDU-Abgeordnete Hans-Joachim Zimmermann. Die Debatte endete unversöhnlich,

die CDU lehnte den Antrag von SPD, FDP und SSW ab.

Betroffene fordern Aufarbeitung

Letztlich nahmen immer mehr Bundesländer Abstand vom Radikalenerlass. Er wurde seltener angewendet, und das Saarland war 1985 das erste Land, das ihn offiziell außer Kraft setzte. 1988, nach dem Wechsel zu einer SPD-Regierung, folgte Schleswig-Holstein. Als letztes schloss sich Bayern 1991 an. Statt der Regelanfrage an den Verfassungsschutz gibt es heute eine „Bedarfsanfrage“.

Opfer des Erlasses fordern bis heute Entschädigung und Rehabilitierung. Sie verweisen darauf, dass ihnen Berufs- und Lebenschancen genommen worden seien, und dass sie mit erheblichen finanziellen Folgen zu kämpfen hätten. Der niedersächsische Landtag richtete 2016 eine Kommission „zur Aufarbeitung der Schicksale der von niedersächsischen Berufsverboten betroffenen Personen“ ein.

Ein Betroffener des Extremistenbeschlusses war 1975 der angehende Biologie- und Chemielehrer Winfried Kretschmann. Das baden-württembergische Kultusministerium verweigerte ihm zunächst die Aufnahme in den Schuldienst, weil er an der Uni Hohenheim zeitweilig für die „Kommunistische Studentengruppe/Marxisten-Leninisten“ aktiv gewesen war. Später gelang ihm als Grünen-Politiker der „Marsch durch die Institutionen“: Kretschmann ist seit 2011 Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

Karsten Blaas

Verfassungsgericht berät über Fraktionsgrößen

Der Streit um die Fraktionsgrößen in den am 14. Mai gewählten Kommunalvertretungen beschäftigt das Landesverfassungsgericht. Die Fraktionen von FDP und SSW haben in Schleswig eine Normenkontrollklage eingereicht (Az. LVerfG 4/23).

Es geht um die Änderungen an der Gemeindeordnung und der Kreisordnung, die CDU und Grüne Ende März beschlossen haben. Demnach sind in Kreistagen und in Stadträten mit mehr als 30 Mitgliedern jetzt drei Mitglieder erforderlich, um eine Fraktion zu bilden. Zuvor waren es zwei. Der Unterschied: Fraktionslose Abgeordnete bekommen weniger Finanzmittel und haben kein Stimmrecht in den Ausschüssen. Dies halten die Kläger für verfassungswidrig. FDP-Fraktionschef Christopher Vogt sprach von einem „fatalen Demokratieabbau“, und sein SSW-Kollege Lars Harms sieht die Interessenvertretung der kulturellen und sprachlichen Minderheiten bedroht.

Vertreter von Schwarz-Grün verteidigten demgegenüber den Beschluss. Er sei notwendig, um einer zunehmenden Zersplit-

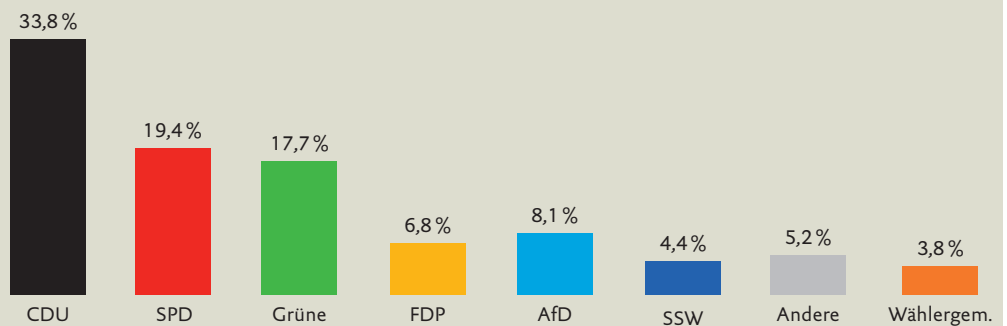
terung der Kommunalvertretungen entgegenzuwirken. Mit Koalitionsmehrheit hat der Landtag im Juni eine Stellungnahme beim Verfassungsgericht auf den Weg gebracht, der zufolge der FDP/SSW-Antrag zurückzuweisen ist.

Wenige Tage vor dem Urnengang am 14. Mai hatten FDP und SSW in Schleswig einen Antrag auf einstweilige Anordnung gestellt,

um die Neuregelung bis zum Hauptverfahren auf Eis zu legen (Az. LVerfG 3/23). Dies hatte keinen Erfolg. „Besonders schweren Nachteile“ für fraktionslose Kommunalpolitiker seien nicht zu erkennen, so die Richter. Die Entscheidung in der Hauptsache steht noch aus. Darin geht es auch um die ebenfalls Ende März beschlossenen Einschnitte bei Bürgerbegehren.

Mehr: Landtagszeitschrift 01/23

Kommunalwahl am 14. Mai: CDU erneut stärkste Kraft



(Das Ergebnis in den Kreisen und kreisfreien Städten in Prozent.
Quelle: Statistikamt Nord, vorläufiges Endergebnis)

Netzwerk für Frauen in der Kommunalpolitik

Rund 70 Kommunalpolitikerinnen aus Kreistagen und Ratsversammlungen waren Ende Juni zu Gast im Landtag – zum ersten „Mandatsträgerinnenempfang“ von Landtagspräsidentin Kristina Herbst. Sie wolle Frauen in der Kommunalpolitik ein Forum bieten, sich kreis- und parteiübergreifend zu vernetzen, so Herbst.

Unter den aktuellen Rahmenbedingungen sei es für Frauen oft schwer, politische Ämter zu übernehmen, stellte die Landtagspräsidentin fest:

„Hier meine ich insbesondere das Thema der Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie.“ Sie forderte „planbare Sitzungszeiten“ und „mehr digitale Formate“. Im Lande liegt der Frauenanteil in den Kommunalvertretungen bei etwa einem Viertel.

Dorothee Beck, Politikwissenschaftlerin von der Universität Marburg, nannte in ihrem Fachvortrag eine weitere Schwierigkeit: „Männern wird Politik zugetraut – bis zum Beweis des Gegenteils. Frauen hingegen wird Politik nicht zugetraut – ebenfalls bis zum Beweis des Gegenteils und häufig sogar darüber hinaus.“ Beck berichtete, dass Politikerinnen und Politiker gleichermaßen von Hass und Hetze betroffen seien. Frauen würden aber zudem mit sexualisierten Übergriffen konfrontiert. Verbale und körperliche Zudringlichkeiten stellten ein immer noch verbreitetes männliches Machtinstrument dar.

Der Mandatsträgerinnenempfang soll in den nächsten Jahren fortgeführt werden.



Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Menschen diese Themen im Überblick.

Ausschussvorsitze in Kommunalvertretungen: Der Landtag hat Mitte Juli geschlossen die Gemeindeordnung und die Kreisordnung geändert, um die Besetzung von Ausschussvorsitzen in den Kommunalvertretungen neu zu regeln. Die Gesetzesergänzung richtet sich gegen Vertreter der AfD.

Aus der Kommunalwahl im Mai ist die AfD gestärkt hervorgegangen, ihr Stimmanteil stieg von 5,5 auf 8,1 Prozent (s. Seite 14). Deswegen stünden der Partei in den meisten Kreistagen und einigen Stadtvertretungen Ausschussvorsitze zu. Die im Landtag vertretenen Parteien haben als Reaktion auf das Wahlergebnis an ihre Kommunalvertreter appelliert, in keiner Weise mit der als rechtsextrem kritisierten AfD zusammenzuarbeiten und auch keine AfD-Vertreter in öffentliche Ämter zu wählen. Entsprechend sind AfD-Kandidaten bei der Besetzung von Ausschussvorsitzen flächendeckend durchgefallen. In diesem Fall sahen die Kreisordnung und die Gemeindeordnung bislang vor, dass der Stellvertreter, der in der Regel aus einer anderen Partei stammt, den Posten übernimmt. Bisher war dies allerdings nur für die Dauer von fünf Monaten möglich. Diese Befristung wurde nun aufgehoben.

Der CDU-Abgeordnete Thomas Jepsen begründete die Neuregelung im Namen aller Fraktionen: „Niemand hat Anspruch auf erfolgreiche Wahl, und für niemanden besteht die Pflicht, eine bestimmte Person wählen zu müssen.“ Ohne die Entfristung wären die Ausschüsse, deren Vorsitz nominell der AfD zustünde, nach Ablauf von fünf Monaten nicht mehr handlungsfähig gewesen, so Jepsen: „Die kommunale Selbstverwaltung würde dadurch insgesamt stark belastet und in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich gestört.“

„Demokratinnen und Demokraten stehen gegen rechten Populismus parteiübergreifend zusammen“, heißt es in einer Anfang Juni herausgegebenen "Handlungsempfehlung" der Landesvorsitzenden von CDU, Grünen, SPD, FDP und SSW. Sie befürchten, „dass die AfD mit Schauanträgen, rechtsradikalen Äußerungen und anderen Handlungen versucht, die Kreistage, Stadt- und Gemeindevertretungen für sich zu instrumentalisieren und dabei auch die herausgehobenen Positionen der Kommunalvertretungen nutzen will“. Die Landesvorsitzenden betonten: „Egal, ob sich diese Partei vor Ort ein bürgerliches oder moderates Gesicht gibt oder nicht – die AfD ist rechtsradikal und teils offen rechtsextrem.“ Vertreter der AfD kritisierten das Vorgehen der anderen Parteien als undemokratisch. Im Landtag ist die AfD seit der Wahl 2022 nicht mehr vertreten.

Stiftungsgesetz: Die Stiftungen im Lande haben seit dem 1. Juli eine neue Rechtsgrundlage. Der Landtag hat im Mai ein neues Stiftungsgesetz beschlossen, das an die Stelle der bisherigen Vorschriften tritt. CDU, Grüne, SPD und SSW stimmten für den Entwurf aus dem Innenministerium, die FDP enthielt sich. Die Neuregelung war notwendig geworden, weil der Bund im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung eine deutschlandweite Regelung erlassen hat. Dadurch musste das schleswig-holsteinische Gesetz an das Bundesrecht angepasst werden. Das neue Gesetz regelt die Gründung, Anerkennung und Verwaltung einer Stiftung, die Buchführung und Anzeigepflicht sowie die öffentliche Aufsicht.

Nach Angaben des Bundesverbands Deutscher Stiftungen gab es im Lande zum Stichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 797 Stiftungen. Das entspricht einer Dichte von 27,3 pro 100.000 Einwohner. Schleswig-Holstein liegt damit auf Platz neun unter den

Bundesländern. Deutschlandweit gibt es rund 25.000 Stiftungen, die Dichte pro 100.000 Einwohner beträgt im Schnitt 30,3. Spitzenreiter ist Hamburg mit einer Dichte von 80,4, Schlusslicht ist Brandenburg mit 11,0.

Jugendfeuerwehren: Der Landesfeuerwehrverband wird im Brandschutzgesetz als anerkannter Ausbildungsträger für Mitglieder der Kinder- und Jugendfeuerwehren, für Jugendwarte und für Betreuer verankert. Das sieht ein Gesetzentwurf von CDU und Grünen vor, den der Landtag im Juni einstimmig beschlossen hat. Zuvor wurde diese Ausbildung bereits vom Feuerwehrverband im Jugendfeuerwehrzentrum Rendsburg geleistet. Im Gesetz wurde dies aber bislang nicht erwähnt. Das hatte zur Folge, dass die Kosten nicht über die Feuerschutzsteuer an den Verband erstattet wurden, und dass die Ausbilder keinen Anspruch auf berufliche Freistellung hatten. Eine Ergänzung des Brandschutzgesetzes hat dies nun geändert. Zudem wurde die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der Kursteilnehmer geregelt.

„Ausbilder und Betreuer müssen jetzt nicht mehr ihren Jahresurlaub für Lehrgänge hergeben“, betonte Wiebke Zweig (CDU) in der Landtagssitzung. „Diese Anerkennung ist überfällig und mehr als verdient“, unterstrich Beate Raudies (SPD). „Durch die Anerkennung des Landesfeuerwehrverbandes als Ausbildungsträger müssen die Lehrgänge nicht mehr aus Spenden finanziert werden“, so Dirk Kock-Rohwer (Grüne). Lars Harms (SSW) wies auf die Bedeutung des Feuerwehrnachwuchses in Zeiten von Hitzeperioden und Waldbrandgefahr hin, und Bernd Buchholz (FDP) lobte: „Das Jugendfeuerwehrzentrum in Rendsburg ist super davor.“ In Schleswig-Holstein gibt es rund 50.000 Freiwillige Feuerwehrleute. Die 446 Jugendwehren haben etwa 10.200 Mitglieder.

Das Bildungs-Quiz

Diesmal geht es um Begebenheiten aus der schleswig-holsteinischen Bildungspolitik der vergangenen Jahrzehnte sowie um Fragen auf Basis der Abituraufgaben aus der jüngeren Vergangenheit. Die Abi-Aufgaben in den zentralen Prüfungsfächern (Mathe, Deutsch und Fremdsprachen) hat die Landesregierung auf ihrem Bildungsportal ins Internet gestellt. Zu jeder Antwort gehört ein Buchstabe, und die richtigen Buchstaben ergeben das Lösungswort.

1 Die Diskussion um die Gesamtschule prägte die bildungspolitische Debatte der 1970er und 80er Jahre. Wo wurde 1971 die erste Gesamtschule in Schleswig-Holstein eröffnet?

- a) Kiel-Friedrichsort W
- b) Flensburg-Adelby B
- c) Lütjenburg G
- d) Neumünster-Brachenfeld F



2 Im Französisch-Abitur 2021 ging es um den Allgemeinen Nationaldienst (Service national universel, SNU): „Présentez le nouveau programme ‚service national universel‘. Analysez la critique des opposants au SNU“, lautete eine Aufgabe. In Frankreich müssen junge Menschen vier Wochen lang gemeinnützige Arbeit leisten und Kurse in Staatsbürgerkunde belegen. Wann wurde in Deutschland der Wehr- und Zivildienst ausgesetzt?

- a) 1990 A
- b) 1999 O
- c) 2011 E
- d) 2022 R

3 Am 27. September 1998 fand der erste Volksentscheid in der Geschichte des Landes statt – zu einem bildungspolitischen Thema. Worum ging es?

- a) Um die Sexual-Aufklärung im Biologie-Unterricht L
- b) Um die Einführung der Rechtschreibreform an den Schulen D
- c) Um die Abschaffung des „Sitzenbleibens“ T
- d) Um die Bewahrung der Schreibschrift an den Grundschulen C

4 Das Englisch-Abi 2022 befasste sich mit einer Rede von US-Präsident Joe Biden anlässlich der Unterzeichnung der „executive order on racial equality“, einem Maßnahmenpaket gegen Rassismus. „Examine the means and strategies Biden employs to create unity and convince his audience that change is both urgently needed and beneficial“, hieß die Aufgabe.

Joe Biden hat am 20. November Geburtstag – genau wie welche aktuelle Landtagsabgeordnete?

- a) Bina Braun (Grüne) E
- b) Uta Wentzel (CDU) I
- c) Birte Pauls (SPD) A
- d) Annabell Krämer (FDP) O



5 1965 lud der Landtag zu einem Festempfang anlässlich des 300. Jubiläums der Kieler Christian-Albrechts-Universität (CAU). Landtagspräsident Paul Rohloff mahnte dabei eine engere Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft an. Heute hat die CAU 27.000 Studenten. Wie viele waren es Mitte der 1960er Jahre?

- a) 2.500 L
- b) 7.500 R
- c) 11.000 P
- d) 20.000 N

6 Die Latein-Abiturienten des Jahres 2019 mussten sich mit einem Text des römischen Philosophen Seneca über Besitz und Verlust auseinandersetzen und dabei das Wort „perdidisset“ (von perdere – verlieren) bestimmen. Welche Angabe ist korrekt?

- a) 1. Pers. Plural Perfekt Indikativ Aktiv („Wir haben verloren“) F
- b) 2. Pers. Plural Futur I Indikativ Passiv („Ihr werdet verloren sein“) V
- c) 3. Pers. Singular Plusquamperfekt Konjunktiv Aktiv („Er/Sie/Es hätte verloren“) T
- d) 1. Pers. Singular Präsens Konjunktiv Passiv („Ich sei verloren“) K

- 7** Artikel 6 der schleswig-holsteinischen Landessatzung von 1949 regelte eine bildungspolitische Frage. Welche?
- a) Die sechsjährige Grundschule **A**
 - b) Das Verbot, Schüler körperlich zu züchtigen **P**
 - c) Die Wiederherstellung der deutschen Einheit als Thema im Unterricht **L**
 - d) Den gemeinsamen Unterricht von Jungen und Mädchen **O**

8 Im Mathe-Abitur 2022 lautete eine Aufgabe im Bereich Stochastik: „Für ein Spiel wird ein Behälter mit 100 Kugeln gefüllt. Dafür stehen rote und blaue Kugeln zur Verfügung. Vor jedem Spiel legt der Spieler die Anzahl der blauen Kugeln im Behälter fest. Anschließend wird dem Behälter eine Kugel zufällig entnommen. Ist diese Kugel rot, so wird dem Spieler die festgelegte Anzahl blauer Kugeln in Cent ausgezahlt; ist die Kugel blau, so beträgt die Auszahlung 10 Cent. Ermitteln Sie, wie der Spieler die Anzahl blauer Kugeln für ein Spiel festlegen muss, damit der Erwartungswert der Auszahlung möglichst groß ist.“

- a) Den größten Ertrag gibt es bei 25 blauen Kugeln **E**
- b) Den größten Ertrag gibt es bei 38 blauen Kugeln **H**
- c) Den größten Ertrag gibt es bei 55 blauen Kugeln **S**
- d) Den größten Ertrag gibt es bei 71 blauen Kugeln **I**

9 Schulklassen waren 1978 größer als heute. Immerhin: „Die an die Schülämter und Schulleiter ergangene Anweisung, wenn irgend möglich keine Klassen mit mehr als 39 Schülern einzurichten, konnte – von sieben Ausnahmefällen abgesehen – in vollem Umfange verwirklicht werden“, so der damalige Kultusminister. Wie hieß er?



- a) Werner Schwarz **R**
- b) Ulrich Roth **W**
- c) Heinz Weiß **L**
- d) Walter Braun **C**

- 10** Die Deutsch-Abiturienten des Jahres 2022 mussten einen Ausschnitt aus dem Roman „Unterleuten“ von Juli Zeh interpretieren. Die Schriftstellerin hat auch einen Dokortitel in Rechtswissenschaft und ist ehrenamtliche Verfassungsrichterin. In welchem Bundesland?
- a) Baden-Württemberg **D**
 - b) Hessen **L**
 - c) Sachsen-Anhalt **S**
 - d) Brandenburg **H**

11 Im Juni 2010 demonstrierten rund 10.000 Menschen vor dem Landeshaus gegen einen bildungspolitischen Sparvorschlag der Landesregierung. Worum ging es?



- a) Die Schließung kleinerer Grundschulen **O**
- b) Die Schließung der medizinischen Fakultät der Uni Lübeck **E**
- c) Die Streichung von Lehrerplanstellen **U**
- d) Die Zusammenlegung von Fachhochschulen **G**

12 Im Dänisch-Abi 2020 ging es um die Vorteile eines Internatsaufenthalts nach Vorbild der dänischen „efterskole“. Grundlage war ein Zeitungsartikel. „Diskutér på grundlag af begge tekster, din baggrundsviden og egne erfaringer, om et år på en efterskole efter dansk model kunne være en gavnlig mulighed også i Tyskland“, hieß die Aufgabe. Wie viele Internate gibt es in Schleswig-Holstein?

- a) 5 **N**
- b) 12 **T**
- c) 33 **L**
- d) 54 **H**

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

A23-Ausbau

Kritik an den Bundesministern Habeck und Wissing

Das Berliner Nein zum beschleunigten Ausbau der Autobahn A23 hat Mitte Mai bei einer breiten Mehrheit im Landtag für Empörung gesorgt. Die Opposition wie auch die regierende CDU betonten in einer Aktuellen Stunde die Bedeutung der Strecke für den Kreis Pinneberg und die Anbindung der Westküste.

Zudem gab es scharfe Kritik an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Dieser habe mit seinem Veto zur sechsspürigen Erweiterung zwischen Hamburg-Eidelstedt und Tornesch gegen die Interessen seines Heimatbundeslandes gehandelt. Einzig die Grünen

äußerten Zweifel an der Notwendigkeit des Ausbaus – und attackierten Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP).

Christopher Vogt, dessen FDP die Landtagsdebatte angestoßen hatte, warf Habeck vor, die A23 als bundesweit einziges Vorhaben aus dem entsprechenden Gesetzentwurf gestrichen zu haben. Es sei ein „einmaliger Vorgang“, dass ein Wirtschaftsminister „in fataler Weise“ gegen den erklärten Willen des eigenen Bundeslandes handle. Grünen-Fraktionschef Lasse Petersdotter (Grüne) machte hingegen den FDP-Verkehrsminister verantwortlich: „Der Autor dieses Dramas heißt Volker Wissing.“ Es sei „völliger Unsinn“, dass die A23 aus der Liste gestrichen worden sei – die Trasse habe dort nie draufgestanden. Petersdotter betonte, die Grünen seien im Landtag „die einzige Fraktion, die von der Notwendigkeit des A23-Ausbaus nicht überzeugt ist“.

„Der Ausbau der A23 muss als überragendes öffentliches Interesse eingestuft werden“, unterstrich Tobias Koch (CDU). Auch er griff Habeck scharf an. Dieser vertrete „die Interessen unseres Bundeslandes noch schlechter, als es jeder bayrische Verkehrsminister jemals getan hat“. Landesressortchef Claus Ruhe Madsen (parteilos) betonte, dass die schwarz-grüne Landesregierung „gemeinsam positiv“ zur A23 stehe. Dies habe er auch Ende April in einem Schreiben an Minister Wissing verdeutlicht. Die Landesregierung habe Änderungsanträge in den Verkehrsausschuss des Bundesrates eingereicht, um das Negativvotum noch umzubiegen.

„Die Grünen machen Verkehrspolitik gegen das Auto und stellen sich gegen die Pendler im Hamburger Umland“, merkte Thomas Hölck (SPD) an. Sybilla Nitsch (SSW) warf Schwarz-Grün einen „Schlingerkurs“ vor und forderte „klare Aussagen“. Für Wirtschaftsminister Habeck gelte der Satz: „Schlimmer geht immer.“



Nadelöhr im Hamburger Norden: Die A23 gehört laut Verkehrsminister Ruhe Madsen zu den Autobahnen mit der höchsten Staugefahr in ganz Deutschland.

Gleich viele Frauen und Männer in Aufsichts- und Verwaltungsräten

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in den Spitzengremien von öffentlichen Unternehmen und Sparkassen soll vorangebracht werden. Das sieht ein Gesetzentwurf aus dem Finanzministerium vor, den der Landtag im Mai mit den Stimmen von CDU, Grünen und SPD beschlossen hat. Künftig müssen die Posten des Landes in Aufsichts- und Verwaltungsräten, in den Vorständen von Unternehmen mit Landesbeteiligung sowie auch die Verwaltungsräte der Sparkassen zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern besetzt werden. Gibt es nur einen Chefposten, wird dieser abwechselnd an einen Mann und eine Frau vergeben.

Derzeit gebe es bei diesem Thema noch „reichlich Luft nach oben“, so Finanzministerin

Monika Heinold (Grüne). Aktuell liegt der Frauenanteil in den Landesunternehmen bei etwa einem Drittel. Von den 143 Verwaltungsratsmitgliedern der acht öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind nach Zahlen des Finanzministeriums 31 weiblich (Stand: 31. Dezember 2021). Das entspricht einem Anteil von 22 Prozent. Die SPD stimmte zu, trotz rechtlicher Bedenken. Annabell Krämer begründete das Nein der FDP damit, dass das Gesetz „handwerklicher Murks“ sei. Es enthalte „kuriose Absurditäten“. So müssten in einigen Bewerbungsverfahren auch Männer eingeladen werden, auch wenn klar sei, dass die Stelle an eine Frau gehe. Lars Harms (SSW) verwies darauf, dass das Kreditwesengesetz des Bundes die Gremienbesetzung in den Sparkassen festlege – an dieser Stelle habe das Land keine

Regelungskompetenz. Der SSW regte deswegen im Juni eine Bundesratsinitiative an.



Beate Raudies (SPD) stimmte dem Paritätsgesetz trotz inhaltlicher Kritik zu: „Die SPD steht seit 160 Jahren für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.“

Land verschärft den Kurs gegen „Letzte Generation“

Nach zahlreichen Aktionen der Gruppe „Letzte Generation“ in Schleswig-Holstein plant die Landesregierung ein härteres Vorgehen. Auch im Landtag wurden die Aktivitäten im Juni einhellig verurteilt – wenige Wochen zuvor sah das noch anders aus.

Die FDP hatte im Mai gefordert, „Klimaklebern“ eine Gebühr in Rechnung zu stellen, wenn die Polizei sie vom Asphalt löst und wegträgt. „Wer das Demonstrationsrecht überschreitet und wer meint, dass seine Ziele so hehr und so moralisch sind, dass er sich über das Recht hinwegsetzen darf, der wird zum Straftäter“, so der Abgeordnete Bernd Buchholz. Die FDP habe ein „äußerst fragwürdiges“ Freiheits- und Rechtsstaatsverständnis, erwiderte Jan Kürschner (Grüne). Er verwies auf das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) kündigte an, ein strengeres Vorgehen zu prüfen, während Lars Harms (SSW) zur Gelassenheit aufrief: „Demonstrationen kosten Geld, aber das muss eine Demokratie aushalten.“

Nach Klebe-Aktionen in Kiel, Lübeck und Flensburg verlegte sich die Gruppe im Juni auf Proteste gegen vermeintliche Luxusobjekte. Mitglieder sprühten auf Sylt Farbe auf ein Privatflugzeug, eine Hotelbar sowie zwei Läden und beschädigten einen Golfplatz. In Neustadt

in Holstein wurde eine Jacht besprüht. „Der Landtag lehnt strafbare Aktionen der ‚Letzten Generation‘ entschieden ab“, hieß es in einem Antrag von CDU und Grünen, den das Parlament Mitte Juni einstimmig beschloss. Straftaten seien kein geeignetes Mittel zur Durchsetzung politischer Forderungen.

Ende Juni skizzierte Ministerin Sütterlin-Waack im Innen- und Rechtsausschuss den härteren Kurs: „Wir haben die Notwendigkeit erkannt, das polizeiliche Konzept anzupassen.“ Bei den Aktionen in Ostholstein und auf Sylt handele es sich nicht mehr um Bagatelldelikte, sondern um Straftaten „mit hohem Schadenspotenzial“. Die



Sylt, Mitte Juni: Aktivisten der „Letzten Generation“ vor einem besprühten Bekleidungsgeschäft. In Schleswig-Holstein hat die Polizei zwischen Februar und Ende Juni 18 Aktionen der Gruppe registriert, 15 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet.

Abteilung Staatsschutz im Landeskriminalamt übernehme nun die polizeilichen Ermittlungen. Zudem plane das Ministerium, Aktivisten in Gewahrsam nehmen zu können, um Straftaten oder schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten im Vorwege zu verhindern. Niclas Dürbrook (SPD) kommentierte, ein großer Teil der Ankündigungen seien „weitgehende Selbstverständlichkeiten“.

Nationalpark Ostsee

Die Region soll „mitgenommen“ werden

Ein möglicher Nationalpark in der Ostsee darf nur nach intensiver Rücksprache mit den Betroffenen ausgerufen werden – darüber herrschte im Mai Einigkeit im Landtag. Die Bedenken vor Ort, etwa der Fischer und der Tourismusbranche, müssten ernst genommen werden.

Der anstehende Konsultationsprozess werde ergebnisoffen geführt, unterstrich Cornelia Schmachtenberg (CDU). Ein solches Unterfangen funktioniere „nur mit den Menschen und nicht gegen sie“. Die FDP hatte die Debatte angestoßen. Sie möchte den Zustand der Ostsee ohne zusätzliche Vorgaben verbessern. „Was gar nicht geht, sind von oben verordnete

pauschale Einschränkungen und Verbote“, so der Abgeordnete Oliver Kumbartzky. Silke Backsen (Grüne) wies den Vorwurf zurück, sich bereits auf einen Nationalpark festgelegt zu haben: „Wir stehen am Anfang. Wir nehmen die Menschen mit“, versicherte sie. Sandra Redmann sagte, die SPD werde nur zustimmen, wenn auch die Region einverstanden sei: „Wir begleiten den Prozess positiv.“ Aus Sicht von Christian Dirschauer (SSW) könnte ein Nationalpark zum touristischen Anziehungspunkt werden.

Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) erinnerte an den schlechten Zustand der Ostsee: „Die ökologischen Probleme sind

von Menschen gemacht, und sie müssen von Menschen gelöst werden.“ Er blickte auf den anfangs hoch umstrittenen Nationalpark Wattenmeer. Heute liege die Zustimmung dort bei 95 Prozent.

Nach Plänen des Umweltministeriums kommt eine Fläche von 193.000 Hektar für den Nationalpark in Frage. Als Gebiete sind die Flensburger Förde, die südliche Eckernförder Bucht sowie die östliche Kieler Bucht bis Fehmarn im Gespräch. Bis Ende September will das Ministerium auf sieben „Workshops“ mit Kommunen, Naturschützern und der regionalen Wirtschaft zusammenkommen. Eine Entscheidung soll 2024 fallen.

Haushaltssperre: chaotisch oder notwendig?

Die Mai-Steuerschätzung sagt Schleswig-Holstein drastisch sinkende Einnahmen voraus. Im Vergleich zu vorherigen Erwartungen werden bis 2027 voraussichtlich 2,8 Milliarden Euro in der Landeskasse fehlen. Allein in diesem Jahr sind es 450 Millionen. Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) verhängte daraufhin Mitte Mai eine Haushaltssperre – und hob diese zwei Wochen später wieder auf, nachdem die Ministerien Sparvorschläge über 144 Millionen Euro vorgelegt hatten (s. unten).

Zahlreiche Vereine und Verbände fürchteten um ihre Landeszuwendungen. SPD, FDP und SSW verwiesen darauf, dass die Koalition den Etat erst im März beschlossen hatte, und dass im Februar noch von Überschüssen in Milliardenhöhe die Rede war. Die Sperre sei überflüssig. Die drei Fraktionen beantragten Anfang Juni eine Sondersitzung des Landtages.

Dort begründete Heinold ihren Kurs: „Wenn vor mir ein Warnschild steht, dann fahre ich doch nicht einfach ungebremst weiter.“ Bis 2022 hätten niedrige Zinsen und hohe Steuereinnahmen oft zu hohen Jahresüberschüssen geführt. „Heute spüren wir die Wucht der Zinswende – der Zinssatz ist in nicht einmal einem Jahr von 0 auf derzeit 3,75 Prozent gestiegen.“ Hinzu kämen politische Beschlüsse: „Allein das Deutschlandticket, die Wohngeldreform, die Steuerreform und die wegfallenden Bundesmittel für die Sprach-Kitas kosten uns jährlich rund 550 Millionen Euro.“

„Die Haushaltssperre war ein Fehler, sie hat Chaos verursacht, und sie war sinnlos“, attackierte Oppositionsführer Thomas Losse-Müller (SPD) die Ministerin. Er griff auch Regierungschef Daniel Günther (CDU) scharf an, der sich in der Debatte nicht äußerte. Das Land brauche „keinen Jogger, keinen Eis-Tester“, sondern einen Ministerpräsidenten, so Losse-Müller. „Der erste schwarz-grüne



SPD-Oppositionsführer Thomas Losse-Müller (am Pult) machte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) und Ministerpräsident Daniel Günther (CDU, li. vorne in der Regierungsbank) in der Sondersitzung schwere Vorwürfe.

Landeshaushalt ist bereits nach wenigen Wochen wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen.“, merkte Christopher Vogt (FDP) an. Kein Mensch glaube, dass die Koalition das Haushaltsproblem erst am Morgen nach der Kommunalwahl vom 14. Mai entdeckt habe. Eine Haushaltssperre, so Lars Harms (SSW), sei eine Maßnahme, „die ganz am Ende steht, wenn alles wirklich im Dutt ist“. Dann sei eine Vollbremsung angesagt, „aber in dieser Situation waren wir nicht“.

„Ich halte die Vorgehensweise nach wie vor für vollkommen richtig“, entgegnete Tobias Koch (CDU). Die Debatte biete einen Vorgeschmack auf anstehende Haushaltsberatungen: „Die guten Zeiten sind vorbei.“ Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen müsse weiter investiert werden, unterstrich Lasse Petersdotter (Grüne), besonders in den Klimaschutz: „Der Planet wartet nicht auf eine bessere Steuerschätzung.“

Die Sparliste der Landesregierung

Die Regierung will im laufenden Jahr 144 Millionen Euro einsparen. Im Personalbereich erhalten die Ministerien Budgets, die nicht überschritten werden sollen. Dadurch sollen 50 Millionen Euro erwirtschaftet werden. Weitere 94 Millionen Euro sollen durch Kürzungen zusammenkommen. So sinken zahlreiche Zuwendungen, etwa an die Kommunen im Bereich Landesplanung, für Feuerwehrhäuser, für eine Untersuchung zu Extremismus in der Polizei, für Werften-Hilfen, für die Pflegeausbildung, für Tierheime, für das Wolfsmanagement, für Dürrehilfen, für Sport- und Städtebauförderung und für mobile Schlachthanlagen. Weniger Geld gibt es auch im Bereich Deutsch als Zweitsprache, für Betreute Grundschulen, für das Landesprogramm Einbrecherschutz und für den E-Sport.

Mehr Zitate aus der Debatte: Seite 3

Erste Sperre seit 2009

Die Landeshaushaltsordnung gibt dem Finanzministerium die Möglichkeit, Ausgaben mit einem Sperrvermerk zu versehen. Unter die im Mai ausgerufenen Haushaltssperre fielen alle Zahlungsverpflichtungen, für die es keine rechtliche Bindung gab, etwa Zuschüsse an Verbände und Vereine. Untersagt waren auch

Neuanmietungen, die Beauftragung von Gutachtern, Dienstreisen und der Kauf von Büromaterial. Von der Sperre ausgenommen waren Investitionen, etwa laufende Bauprojekte, und Personalausgaben wie Gehälter, Beförderungen und Neueinstellungen. Zuletzt hatte das Land im Jahr 2009 eine Haushaltssperre verhängt.



Streitpunkt Praxisgebühr

CDU und Grüne wollen „offene Debatte“

Mit ihren positiven Äußerungen über eine Praxisgebühr bei Arztbesuchen ist Gesundheitsministerin Kerstin von der Decken (CDU) Mitte Juni im Landtag auf Widerspruch gestoßen. Die Idee sei „ungerecht und falsch“, kritisierten SPD, FDP und SSW. Angesichts der Finanzprobleme in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) forderten die Koalitionsfraktionen und auch die Ministerin hingegen eine unvoreingenommene Diskussion über die Zukunft des Gesundheitssystems.

In der Woche vor der Landtagsdebatte hatte von der Decken in einem Interview auf die

Praxisgebühr verwiesen: „Sie war ein gutes Instrument und wäre eine Überlegung wert.“ Eine Praxisgebühr von zehn Euro mussten gesetzlich Versicherte von 2004 bis 2012 beim ersten Arztbesuch im Quartal entrichten. Dies habe nur zu zusätzlicher Bürokratie für das Praxispersonal geführt, kritisierte Birte Pauls (SPD): „Es wäre sehr sinnbefreit, das nochmal zu versuchen.“ Heiner Garg (FDP) sprach ebenfalls von einem „ziemlich sinnlosen Instrument“, und Lars Harms (SSW) verwies auf die anstehende Erhöhung der GKV-Beiträge. Da sei es „fehl am Platz“, den Zugang zu Gesundheitsleistungen zu erschweren. Dies treffe die Ärmsten der Armen.

Ministerin von der Decken wies auf die „besorgniserregende“ Situation der GKV hin, wo Defizite in Milliardenhöhe erwartet würden. Wer keine Leistungskürzungen für die Patienten wolle, der müsse eine „offene Debatte über mögliche Lösungen“ führen. Jasper Balke (Grüne) warb dafür, „andere Möglichkeiten“ der Finanzierung „zum jetzigen Zeitpunkt auf keinen Fall“ auszuschließen, sondern „im Sinne einer nachhaltigen Finanzierbarkeit ergebnisoffen“ zu diskutieren. Hauke Hansen (CDU) betonte, die Ministerin habe „eine im Konjunktiv getätigte Aussage“ gemacht und warf der Opposition vor, eine „Gespensterdiskussion“ zu führen.

Ein Flüchtlingsboot vor der libyschen Küste: Die Debatte über die Not auf dem Mittelmeer und die Aufnahme-grenzen deutscher Kommunen wurde auch im Landtag intensiv geführt.



EU-Flüchtlingsabkommen spaltet die Koalition

Die Migrations- und Flüchtlingspolitik bleibt im Landtag umstritten, jenseits der Trennlinie zwischen Regierung und Opposition. Die CDU stellte sich Mitte Juni an die Seite der FDP, während sich ihr Koalitionspartner, die Grünen, bei SPD und SSW einreiheten. Anlass der emotionalen Debatte war der Asyl-Kompromiss der Europäischen Union.

Laut der Einigung der 27 Mitgliedsstaaten sollen Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort soll innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll er zurückgeschickt werden. Ein Streitpunkt ist die Frage, ob Georgien und Moldau sichere Herkunftsstaaten sind. Christopher Vogt (FDP)

stellte sich hinter die EU-Pläne. Es müsse klarer zwischen der Flucht vor Krieg, dem Anspruch auf Asyl, der irregulären Migration und der regulären Zuwanderung unterschieden werden. Auch Seyran Papo (CDU) bezeichnete den EU-Kompromiss als Erfolg: „Der Kern der Idee ist, dass denen geholfen wird, die am hilfsbedürftigsten sind und die in ihrer Heimat um Leib und Leben fürchten müssen.“ Dazu gehörten Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten in der Regel nicht.

Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne) ging nicht davon aus, dass eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten den Kommunen bei der Unterbringung von Schutzsuchenden helfen wird: „Menschen werden fliehen, egal wie gefährlich der Weg ist.“ Sie forderte eine Politik mit Menschlichkeit: „Wenn wir bei

diesem Thema nicht auch die menschlichen, die emotionalen und humanitären Aspekte berücksichtigen, dann ist das fatal.“ Die Koalition werde sich im Bundesrat zur Einstufung Georgiens und Moldaus enthalten, so Touré. Sie verwies auf die entsprechende Regelung im Koalitionsvertrag.

Serpil Midyatli (SPD) rief dazu auf, „die humanitären Mindeststandards für Unterbringung und ein faires Asylverfahren“ zu bewahren. Ansonsten sei „das individuelle Recht auf Asyl in Gefahr“. Auch Lars Harms (SSW) befand, „egal wie man zu Aufnahmezentren an den EU-Außengrenzen steht, muss es auch dort um faire Asylverfahren gehen“. Catharina Nies (Grüne) merkte an: „Es geht um Kinder, die in Haftlager kommen, wenn sie mit ihren Familien an einer EU-Grenze ankommen.“ Das verstoße gegen das Völkerrecht.

Gemischte schwarz-grüne Bilanz – Haushalt 2024 kommt später

Das Fazit nach einem Jahr schwarz-grüner Regierung fiel Mitte Juli erwartungsgemäß sehr unterschiedlich aus. Während CDU und Grüne sich selbst ein gutes Zeugnis ausstellten, machte die Opposition massive Defizite aus. In der zweistündigen Debatte wurde außerdem deutlich: Angesichts sinkender Steuereinnahmen dürften die kommenden Jahre schwierig werden.

„Es kann sich nach einem Jahr sehen lassen, was wir schon alles auf den Weg gebracht haben“, sagte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU). Er kündigte an, den Haushaltsentwurf für 2024 nicht im September, sondern erst im Dezember in den Landtag einzubringen. Eine Verabschiedung sei dann im März zu erwarten. Das Kabinett wolle zunächst die November-Steuerschätzung und den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst abwarten: „Wir werden unter Beweis stellen, dass wir die Lücke von 450 Millionen in den Griff bekommen.“ Diese Summe wird dem Land laut der Mai-Schätzung künftig pro Jahr fehlen (s. auch Seite 20).

Dieser Zeitplan sei „peinlich“ und kein Zeichen von „Führung und Klarheit“, monierte Oppositionsführer Thomas Losse-Müller (SPD). Er attestierte der Koalition, eine „beeindruckende Liste von Kleckerkram“ auf den Weg gebracht zu haben, aber an den großen Problemen zu scheitern. So fehlten im Lande 18.000 Kita-Plätze. 300 Stellen in der Finanzverwaltung seien nicht besetzt, und es gebe zu wenige Sozialwohnungen. Schwarz-Grün habe „keinen Plan in der

Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) bedauerte, künftig „in so vielen wichtigen Bereichen den Rotstift ansetzen zu müssen“ und kündigte zugleich an: „Wir werden einen soliden Haushaltsentwurf in dieses Parlament einbringen.“



Klimapolitik“, und in Bildungsvergleichen rutsche Schleswig-Holstein immer weiter ab, so Losse-Müller.

„Rumschnacken“ kontra „Durchbruch“

Schwarz-Grün sei „eine große Koalition der inneren Gegensätze“, befand Christopher Vogt (FDP). Dies zeige sich etwa in der Flüchtlingspolitik, bei den „ideologischen Debatten“ in der Verkehrspolitik, den „Großbaustellen“ in der Bildung oder bei dem von den Grünen vorangetriebenen Nationalpark Ostsee: „Wo ist da eigentlich die CDU?“ „Ein Jahr Schwarz-Grün bedeutet für die Menschen da draußen, dass für sie alles schwieriger geworden ist“, bilanzierte Lars Harms (SSW). Der Wohnungsbau stocke, die Infrastruktur verfallende, aber die Regierung, praktiziere „kein Anpacken, sondern reines Rumschnacken“.

Demgegenüber ordnete CDU-Fraktionschef Tobias Koch den Norden durchgehend in der Spitzengruppe ein. Schleswig-Holstein sei „Windkraftland Nummer eins“ und liege auch beim Ausbau von Photovoltaik und Glasfasernetzen sowie beim Tourismus ganz vorne. Die geplante Ansiedlung einer Batteriefabrik des schwedischen Konzerns Northvolt bei Heide werde ein „entscheidender Durchbruch hin zum klimaneutralen Industrieland“ werden. „Wir haben in den ersten zwölf Monaten sehr viel gemacht“, blickte Lasse Petersdotter (Grüne) auf die Beitragsermäßigung in den Kitas, das geplante Wohnraumschutzgesetz und die „Mobilitätswende“ inklusive Radwegeausbau. Beim Haushalt sei die Lage aber dramatisch: „Eines der schwierigsten Haushaltsjahre liegt vor uns.“

Der Wolf soll ins Jagdrecht

Schleswig-Holsteins Jäger sollen auffällige und gefährliche Wölfe künftig schießen dürfen – in Ausnahmefällen und nach behördlicher Genehmigung. Die Koalition will das unter Naturschutz stehende Raubtier ins Landesjagdgesetz aufnehmen, es soll allerdings eine ganzjährige Schonzeit gelten. Nach der ersten Lesung im Juli berät nun der Umwelt- und Agrarausschuss.

„Wir schaffen Rechtssicherheit für unsere Jägerinnen und Jäger“, so Landwirtschaftsminister Werner Schwarz (CDU). Im Fall schwer verletzter Wölfe dürften Jäger künftig ohne einen Tierarzt entscheiden, ob sie das Tier töten. „Am Schutzstatus des Wolfes ändert sich nichts“, merkte Schwarz an. Dirk Kock-Rohwer (Grüne) betonte, es werde auch in Zukunft eine „Koexistenz von Jagd- und Nutztieren, von Weidetieren und Wölfen“ geben.

Oliver Kumbartzky (FDP) hielt den Gesetzesentwurf für „wirklich gut gelungen“, Sandra Redmann (SPD) stufte ihn hingegen als überflüssig ein: „Wo gab es denn überhaupt Probleme?“ Fast 200 Jahre lang hatte kein Wolf mehr in Schleswig-Holstein gelebt, bevor im Jahr 2007 ein erstes zugewandertes Tier nachgewiesen wurde. Der erste Nachwuchs wurde in diesem Jahr im Segeberger Forst von einer Fotofalle aufgenommen.

Sicherheit I

Pro-russische Hacker attackieren Computersysteme im Lande

Die jüngsten Cyberangriffe auf die Computersysteme von staatlichen Stellen und Wirtschaftsunternehmen in Schleswig-Holstein sind höchstwahrscheinlich von pro-russischen Gruppen ausgegangen. Das berichtete Digitalminister Dirk Schrödter (CDU) Ende April im Innen- und Rechtsausschuss. Die Attacken seien „gut pariert“ worden, so der Minister. Einig waren sich die Abgeordneten mit Vertretern der Landesregierung und der Staatsanwaltschaft, dass solche Angriffe voraussichtlich immer wieder auftreten werden.

Am Morgen des 5. April habe ein mehrstündiger „Überlastungsangriff“ auf das Landesportal begonnen, sagte Schrödter. Innerhalb von wenigen Stunden habe es 230.000 Anfragen an die Seite www.schleswig-holstein.de gegeben, um das Portal lahmzulegen. Die Website sei daraufhin zwischenzeitlich vom Netz genommen worden, und der Zugriff aus den Ursprungsländern der Attacke sei gesperrt worden. In einem Video im Messengerdienst Telegram habe sich eine Gruppe namens

„NoName057 (16)“ zu der Angriffsserie bekannt. Diese sei als russlandfreundlich einzustufen.

Bei diesem Angriff habe es sich „eher um Internet-Vandalismus als um echtes Hacking“ gehandelt, urteilte Kai Dolgner (SPD). Härtere Attacken verzeichnete das Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft (ZBW) in Kiel, eine der größten wirtschaftswissenschaftlichen Bibliotheken der Welt, und auch die

Flensburger Schiffbaugesellschaft und die Nobiskrug-Weft in Rendsburg. Dort sei es darum gegangen, Daten zu löschen und zu verschlüsseln, um anschließend ein Lösegeld zu erpressen, so Carsten Ohlrogge, Leitender Oberstaatsanwalt bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Itzehoe. Der Angriff auf das ZBW ist Berichten zufolge der prorussischen Gruppe „Royal“ zuzuschreiben. Ohlrogge warnte: „Jedes Wirtschaftsunternehmen muss permanent damit beschäftigt sein, vertrauliche Daten zu sichern.“ Der Ausschussvorsitzende, der Grünen-Abgeordnete Jan Kürschner, stellte fest: „Es soll niemand denken, dass diese Cyberangriffe weniger werden, selbst dann, wenn es zu einem Friedensschluss in der Ukraine kommt.“ Er forderte bundeseinheitliche Standards bei der Cybersicherheit.

Sicherheit II

Fall Brokstedt: Der Norden fordert konkrete Schritte

Nach der tödlichen Messerattacke von Brokstedt drängt Schleswig-Holstein beim Bund und bei den anderen Ländern auf schärfere Sicherheitsmaßnahmen und auf eine bessere Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden. Das wurde Anfang Juni bei einem Fachgespräch im Innen- und Rechtsausschuss deutlich.

Bei dem Angriff in einem Zug von Kiel nach Hamburg waren Ende Januar eine 17-Jährige und ein 19-Jähriger getötet worden, sieben Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Gegen den mutmaßlichen Täter Ibrahim A. hat die Staatsanwaltschaft Itzehoe Anklage wegen Mordes und versuchten Mordes erhoben. Der Prozess begann Anfang Juli. Die lückenhafte Kommunikation der Behörden über den als gefährlich geltenden Mann, der 2014 als staatenloser Palästinenser nach Deutschland eingereist war, hatte für öffentliche Diskussionen gesorgt.

Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) regte im Ausschuss eine bundesweite Datei für ausländische „Intensivtäter“ an.

Mittels eines Punktesystems, „zum Beispiel ein Punkt für einen Diebstahl und vier Punkte für eine gefährliche Körperverletzung“, könne eine mögliche Abschiebung schneller eingeleitet werden, so die Ministerin. Allerdings gebe es dagegen Vorbehalte in anderen Bundesländern. Lars Harms (SSW) rief die Skeptiker auf, sich diesem Kurs anzuschließen: „Wie kann man auf die Idee kommen, so ein einfaches und sinnvolles System abzulehnen?“

Der Norden macht sich zudem für ein Waffenverbot und mehr Videoüberwachung an Bahnhöfen stark und will ein besonderes Augenmerk auf Messerangriffe legen. Der Brokstedter Fall sei Teil einer besorgniserregenden Entwick-

lung, so Justizministerin Kerstin von der Decken (CDU). In Schleswig-Holstein sei die Zahl seit 2020 um 12,4 Prozent gestiegen. Es geht um rund 9.000 Fälle im Jahr. Bernd Buchholz (FDP) sah eine Ausweitung des Strafrahmens kritisch: „Das hätte Ibrahim A. sicherlich nicht von irgendeiner Tat abgehalten.“

Ein weiterer Punkt: Schleswig-Holstein setzt sich gemeinsam mit Hamburg für eine bundesweite Automatisierung der Kommunikation zwischen Ausländer-, Polizei- und Justizbehörden ein. „Derzeit wird teilweise schriftlich kommuniziert, teilweise werden Faxe geschickt“, merkte die Innenministerin an. Serpil Midyatli (SPD) und Catharina Nies (Grüne) forderten darüber hinaus, die Ausländerämter zu entlasten und alltägliche Behördengänge zu erleichtern.

Mehr: Landtagszeitschrift 01/23

Absentismus: Was tun, wenn Schulkinder „schwänzen“?

Wenn Kinder und Jugendliche nicht zur Schule gehen, kann das viele Gründe haben: Angst, Leistungsdruck oder Schwierigkeiten im Elternhaus. Der Bildungsausschuss hörte Anfang Juni drei Stunden lang Experten an, um sich ein Bild von der Situation zu machen und um Lösungswege zu skizzieren. Zwei zentrale Erkenntnisse: Je früher bemerkt wird, dass ein Schulkind dem Unterricht regelmäßig fernbleibt, desto größer die Chance, das Problem zu klären. Und: Die Schule selbst kann den größten Beitrag leisten. Sie muss ein Ort sein, an dem man sich wohlfühlt.

Was sind die Ursachen?

Sie bekomme es mit drei „Fallgruppen“ zu tun, so Judith Pammler-Klein, Familienrichterin am Amtsgericht Kiel: Vernachlässigung seitens der Eltern, Ängste der Kinder sowie Väter und Mütter, die „das System Schule grundsätzlich ablehnen“, aus religiösen oder politischen Gründen. Christopher Vogt (FDP) verwies auf die Reichsbürgerszene und einen Fall aus Ostholstein, wo ein heute 16-Jähriger laut Medienberichten seit 2017 von seinen Eltern nicht mehr zur Schule geschickt wurde. „Der Staat darf sich nicht von Extremisten auf der Nase herumtanzen lassen“, mahnte Vogt.

Dr. Manuel Munz vom Zentrum für Integrative Psychiatrie am UKSH in Kiel nannte

Trennungsängste als weitere Ursache: „Kinder können sich nicht von ihren Eltern lösen.“ Hinzu komme das „Schwänzen zugunsten vermeintlich attraktiverer Tätigkeiten“ wie Computerspielen oder Drogenkonsum. Die Lockdowns während der Corona-Pandemie hätten die Lage verschärft, hat Christoph Helms, Leiter des Fachdienstes Jugend/Soziale Dienste beim Kreis Pinneberg, beobachtet: „Viele Eltern hatten große Schwierigkeiten, ihre Kinder danach wieder angstfrei in die Schule zu bringen. Oder sie halten ihre Kinder selbst von der Schule fern.“

Wie groß ist das Problem?

Heinrich Ricking, Professor am Institut für Förderpädagogik der Universität Leipzig, verwies auf eine Umfrage unter Schülern. Demnach hätten knapp die Hälfte der Befragten innerhalb des vorherigen halben Jahres „Versäumnisse“ bei der Anwesenheit zugegeben. Meist bleibe es bei Einzelfällen, aber bei etwa fünf Prozent der Schülerschaft „verdichten sich die Probleme“ – sie fehlen häufig. „Das sind wahrscheinlich einige 10.000 Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein“, so der Professor. Jungen und Mädchen seien gleichermaßen betroffen. Es gelte: „Je anspruchsvoller eine Schulform akademisch ausgerichtet ist, desto geringer der Absentismus.“ Die höchste Quote gebe es deutschlandweit „in Klasse 9 der Hauptschule“. Das „Entwickeln der Aversion“ beginne aber bereits in der Grundschule.

Was können die Schulen tun?

Am Absentismus-Konzept des Bildungsministeriums gab es scharfe Kritik. „Es werden nur Eltern und Schüler als Ursache in den Blick genommen, nicht aber die Schule selbst“, monierte Irene Johns, Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes. Das Konzept sieht Elterngespräche, Mahnschreiben und das Einschalten des Jugendamts vor. Johns verwies darauf, dass 60 Prozent der Schüler bereits am Ende der Grundschulzeit Angst und Druck erlebten. Die Gründe seien eine „unzureichende Qualität des Unterrichts“, ein „abwertendes Verhalten“ von Lehrkräften, mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten sowie Ziffernoten.

Landesschülervertreter Kevin Thomsen warb für eine „Schule als Wohlfühlort“. Schule dürfe nicht nur aus „Sitzen und Lernen“ bestehen, Schüler wollten „gebraucht und gehört“ werden. Der Ausschussvorsitzende, der SPD-Abgeordnete Martin Habersaat, sah das ähnlich: „Unsere Lehrkräfte brauchen Raum für Pädagogik und Zeit, sich dem einzelnen Kind zu widmen.“ Dagmar Hildebrand (CDU) merkte an, dass viele Schulgebäude sanierungsbedürftig seien – das könne einem „Wohlfühlen“ im Wege stehen.

Wie reagieren die Behörden?

Wer die Schulpflicht ignoriert, begehe eine Ordnungswidrigkeit, stellte Carsten Löbbert, Präsident des Amtsgerichts Lübeck, fest. Es drohen Bußgelder bis zu 1.000 Euro sowie die „Anwendung unmittelbaren Zwangs“. Dies sei allerdings nur das allerletzte Mittel: „Ein schreiendes Kind in Handschellen von der Polizei in die Schule bringen zu lassen – das kann dem Kindeswohl nicht förderlich sein.“ Deswegen setzen Schul- und Jugendämter auf Hilfsangebote. So unterstützen im Kreis Pinneberg „Klassenassistenten“ die Lehrer, in Lübeck holen Sozialarbeiter gefährdete Kinder morgens ab, und in Nordfriesland gibt es das Projekt „UNO 3.0“. Dort werden Kinder, die mehr als 40 Tage in einem Halbjahr fehlen, in speziellen Klassen außerhalb der Schule auf eine Rückkehr vorbereitet, wie die Sozialarbeiterin Jasmin Kniese berichtete.



Volle Tafel, leere Stühle: Immer wieder weichen Schüler der Schulpflicht aus.

Öffentliche Petition

Fast 10.000 Stimmen für eine kostenfreie Kita

Zahlreiche Eltern in Schleswig-Holstein fordern die beitragsfreie Kita. Das wurde Ende Mai im Petitionsausschuss deutlich, als es um das Anliegen von Alina Glüsing aus Neumünster ging. Sie hatte eine öffentliche Petition für die Abschaffung der Kindergarten-Gebühren gestartet und online 9.866 Unterstützer gefunden. Der Ausschuss befasste sich in einer Anhörung mit dem Vorstoß.

In einer persönlichen Notlage hätten sie und ihr Mann nach Einsparmöglichkeiten bei den Lebenshaltungskosten gesucht, berichtete Glüsing. Die Mutter, die ein weiteres Kind erwartet, stieß dabei auf die Kita-Gebühren. „Und ich dachte mir: Hey, da musst du was machen.“ Zwar sei das Kindergeld deutschlandweit gleich hoch, aber bei den Kita-Kosten gebe es große Unterschiede zwischen den Ländern. Schleswig-Holstein sei das einzige Bundesland, in dem die Eltern die vollen Gebühren zahlen müssten, „trotz niedrigerer Durchschnittsverdienste und höherer Lebenshaltungskosten“ als anderswo. Das Gehalt aus ihrem 33-Stunden-Teilzeitjob gehe fast komplett für die Gebühren drauf, berichtete sie.

Zudem sei eine kostenlose Kita ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, betonte Glüsing. Denn dieser Schritt würde die Chancengleichheit stärken und allen Kindern die Teilhabe an Bildung und sozialen Kontakten eröffnen.

„Wir haben die kostenfreie Schule und die kostenfreie Uni“, stellte sie fest: „Das könnte doch 1:1 übernommen werden.“

In Schleswig-Holstein betragen die Gebühren pro Kind im Schnitt rund 230 Euro im Monat. Mecklenburg-Vorpommern erhebt dagegen keine Gebühren, in Hamburg sind fünf Stunden Betreuung pro Tag kostenlos. Holger Rose, im Sozialministerium zuständig für den Bereich frühkindliche Bildung, rechnete vor, was eine Kostensenkung für die Landeskasse bedeuten würde: Eine Gratis-Kita würde demnach mit 300 Millionen Euro pro Jahr zu Buche schlagen, eine Fünf-Stunden-Garantie mit 220 Millionen Euro. Rose verwies darauf, dass es inzwischen landesweit einen Kostendeckel gebe. Zudem hat der Landtag wegen der Inflation und der gestiegenen Energiepreise für das erste Halbjahr 2023 eine Sozialermäßigung beschlossen. Das Land habe damit eine „spürbare Entlastung“

auf den Weg gebracht, betonte Rose. „Davon kommen bei mir aber null Euro an“, erwiderte Glüsing: „Normal verdienende Familien fallen hinten runter.“

Vertreterinnen von SPD und SSW bekundeten Unterstützung für die Petition. „Das ist genau unsere politische Zielrichtung“, sagte Sybilla Nitsch (SSW). Serpil Midyatli (SPD) verwies darauf, dass es innerhalb des Landes, zwischen den einzelnen Kommunen, immer noch große Unterschiede bei den Kita-Beiträgen und bei den Verpflegungskosten gebe: „Schleswig-Holstein hinkt hinterher.“

„Wir werden das sacken lassen“, sagte der Ausschussvorsitzende, der CDU-Abgeordnete Hauke Götsch, am Ende der Anhörung. Der Ausschuss hat einen Fragenkatalog an das Sozialministerium geschickt, um weitere Zahlen und Fakten einzuholen.

i

Der Petitionsausschuss ist im Internet unter www.sh-landtag.de, Stichwort „Petitionen“, erreichbar. Dort können öffentliche Petitionen mitgezeichnet und eigene Anliegen vorgebracht werden. Bekommt eine öffentliche Petition mehr als 2.000 Mitzeichnungen, lädt der Ausschuss die Antragsteller in der Regel zu einer öffentlichen Anhörung. Petitionen können selbstverständlich auch auf dem Postweg eingereicht werden: **Postfach 7121, 24171 Kiel**. Die Geschäftsstelle ist unter der Telefonnummer **0431/988-1018** erreichbar. Sie bietet an jedem ersten Dienstag im Monat eine Sprechstunde an: von 8:00 bis 9:00 Uhr und von 16:00 bis 17:00 Uhr. Hierfür wird um eine Voranmeldungen gebeten, telefonisch oder per Mail: petitionsausschuss@landtag.ltsh.de



Petentin Alina Glüsing vertrat im Ausschuss ihr Anliegen. „Bildung soll in Deutschland für alle kostenlos sein und somit Chancengleichheit schaffen“, heißt es in ihrer Petition. „Auch die Kitas sind eine Bildungsstätte im Bereich der frühkindlichen Bildung.“ Links: Ihr Ehemann Silvester Glüsing, rechts: Holger Rose und Kay Sowa aus dem Sozialministerium.



Özlem Ünsal, von 2017 bis 2022 für die SPD im Landtag, ist seit Anfang Juli Senatorin für Bau, Stadtentwicklung und Verkehr in Bremen. Die Kielerin trat in das Regierungsbündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei ein, das bei der Bürgerschaftswahl im Mai erneut eine Mehrheit erreichte.

Claus Ruhe Madsen, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, ist Mitte Mai der CDU beigetreten. Für Aussagen, die der Minister vor seinem Parteieintritt getätigt hat, wird er in dieser Ausgabe noch mit dem Zusatz „parteilos“ versehen.

Klaus Schlie, ehemaliger Landtagspräsident und Innenminister, ist Anfang Juni zum Ehrenvorsitzenden des „Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not“ (HUPF) ernannt worden. Schlie, CDU-Abgeordneter zwischen 1996 und 2022, Innenminister von 2009 bis 2012 und anschließend zehn Jahre Parlamentsoberhaupt, war von 2013 bis zum vergangenen Jahr auch Vorsitzender von HUPF.

Philipp Nimmermann, von 2014 bis 2019 Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Finanzministerium, ist seit Ende Mai Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Von 2019 bis zu seinem Wechsel nach Berlin war er Staatssekretär im hessischen Wirtschaftsministerium. Der promovierte Ökonom war zuvor Chefvolkswirt der BHF-Privatbank.



Gabriele Dorby ist seit Mitte Juni Pressesprecherin des Landtages. Die Politologin war zuvor als Redakteurin und selbständige Kommunikationsberaterin tätig und leitete zuletzt das Abgeordneten- und Stimmkreisbüro von Ilse Aigner, der Präsidentin des Bayerischen Landtages. Dorby folgt Vivien Albers nach, die als Regierungssprecherin in die Staatskanzlei gewechselt ist.

Runde Geburtstage – Herzlichen Glückwunsch!



Herbert Möller aus Neumünster, von 1985 bis 1987 für die CDU im Landtag, hat am 7. April seinen 100. Geburtstag gefeiert.

Claus Hopp aus Rendwühren (Kreis Plön), von 1988 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 18. April seinen 85. Geburtstag gefeiert.

Wolfgang Herrmann aus Kiel, von 1994 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 27. Mai seinen 85. Geburtstag gefeiert.

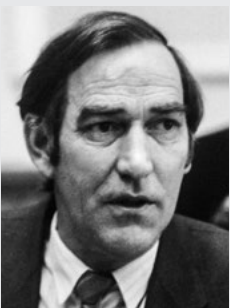
Astrid Höfs aus Wahlstadt (Kreis Segeberg), von 2000 bis 2009 für die SPD im Landtag, hat am 9. Mai ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Sylvia Eisenberg aus Altenholz bei Kiel, von 2000 bis 2009 für die CDU im Landtag, hat am 21. Mai ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Günter Neugebauer aus Rendsburg, von 1979 bis 2009 für die SPD im Landtag, hat am 13. Juni seinen 75. Geburtstag gefeiert.

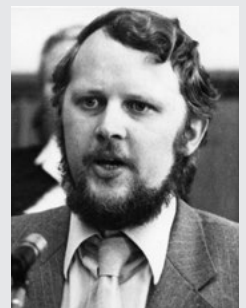
Anne Lütkes aus Köln, von 2000 bis 2005 Justizministerin und anschließend bis 2006 für die Grünen im Landtag, hat am 24. Juni ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Trauer um Ulrich Meyenborg und Jochen Roggenbock



Zu Beginn seiner Mai-Tagung hat der Landtag **Ulrich Meyenborgs** gedacht. Der frühere SPD-Abgeordnete war am 21. März im Alter von 82 Jahren verstorben. Der gebürtige Stockelsdorfer war Chemotechniker und Realschullehrer, bevor er 1970 in die Lübecker SPD eintrat. Nach kommunalpolitischer Tätigkeit gehörte er von 1983 bis 1990 dem Landtag an und war stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion. 1990 wechselte Meyenborg auf den Posten des Lübecker Bildungs- und Kultursenators, den er bis 2002 bekleidete. Landtagspräsidentin Kristina Herbst würdigte Meyenborgs „beeindruckende Fähigkeit, visionäre Ideen in die Tat umzusetzen: klar im Kurs, bestimmt in der Umsetzung aber auch empathisch im Umgang mit anderen“. In Lübeck habe er entscheidend zum Bau der Musik- und Kongresshalle, zur Entwicklung der Nordischen Filmtage und zur Eröffnung des Günter-Grass-Hauses beigetragen.

Am 2. Juli ist **Jochen Roggenbock** im Alter von 76 Jahren verstorben. Der Sozialdemokrat aus Itzehoe gehörte dem Parlament von 1977 bis 1987 an. Als Rechtsanwalt und Notar in seiner Heimatstadt tätig, engagierte sich Roggenbock als Ratsherr und als SPD-Vorsitzender im Kreis Steinburg. Die Gründung von Amnesty International Itzehoe gehe auf seine Initiative zurück, betonte Landtagsvizepräsidentin Beate Raudies. 2002 bewarb sich Roggenbock als unabhängiger Kandidat um das Bürgermeisteramt seiner Heimatstadt. Der Landtag trauere um einen Politiker, „der sich über viele Jahre aktiv für die Menschen in unserem Land eingesetzt hat“, so Raudies.





Bei der Ausstellungseröffnung diskutierten Landtagsvizepräsidentin Jette Waldinger-Thiering (Mitte) und die Leiterin des Willy-Brandt-Hauses, Bettina Greiner (3. v. li.), mit Vertretern politischer Jugendorganisationen. V. li.: Paul-Timo Glindhaus (Junge Union), Severin Staack (SSW Ungdom), Maybrit Venzke (Jusos), Lars Brommann (Grüne Jugend), Broder Stöhl (Junge Liberale). Thema waren politische und persönliche Vorbilder – und es wurden zahlreiche Namen genannt, beispielsweise Helmut Schmidt, Greta Thunberg, Karl Otto Meyer, Barack Obama, Kevin Kühnert oder der American-Football-Spieler Jason Garrett.

Landtag würdigt Willy Brandt – Der Lübecker hinterließ auch Spuren in Kiel

„Freiheitskämpfer, Friedenskanzler, Brückenbauer“ – so heißt die Ausstellung über Willy Brandt, die im Mai und Juni zahlreiche Gäste ins Landeshaus lockte. Anhand von Fotos, Dokumenten, Film- und Tonaufnahmen sowie digitalen Angeboten und Mitmach-Stationen gab es einen Einblick in das Leben und Wirken des gebürtigen Lübeckers, vom skandinavischen Exil über die Zeit als Regierender Bürgermeister West-Berlins bis zu den Bonner Jahren, in denen Brandt Außenminister, Kanzler und SPD-Vorsitzender war.

„Durch seinen Geburtsort ist er eine wichtige Identifikationsfigur für unser Land“, sagte Landtagsvizepräsidentin Jette Waldinger-Thiering Mitte Mai bei der Eröffnung der Wanderausstellung, die von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung konzipiert wurde.

Eine Erkenntnis: Kiel und auch das Landeshaus spielten im Leben von Willy Brandt eine einschneidende Rolle. Im Kieler Gestapo-Hauptquartier in der Düppelstraße wurde 1938 der Ausbürgerungsbescheid des nach Norwegen geflohenen Sozialdemokraten ausgestellt. Seine Wiedereinbürgerung fand am 1. Juli 1948 im heutigen Landtagsgebäude statt, in dem damals das Innenministerium saß. Der ehemalige CDU-Ministerpräsident Theodor Steltzer habe Brandt zu dieser Zeit geraten, das Amt des Oberbürgermeisters seiner Heimatstadt anzustreben, berichtete die Leiterin des Lübecker Willy-Brandt-Hauses, Bettina Greiner. Doch Brandt zog es nach Berlin. In seiner Funktion als Präsident des Abgeordnetenhauses war Brandt dann 1956 ein weiteres Mal im Landeshaus (s. unten).

Die Themen, die Willy Brandts politische Arbeit geprägt haben, seien auch heute noch

aktuell, betonte Waldinger-Thiering: Frieden, Umweltschutz und globale Verständigung. Greiner wies auf Brandts „politischen Lebensraum“, die deutsche Einheit, hin, der 1989/90 in Erfüllung gegangen sei. Er habe eine neue Ost- und Entspannungspolitik angestoßen und die junge Demokratie der Bundesrepublik mit dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ für Neues geöffnet. Dabei habe Brandt auf die Mündigkeit der Menschen vertraut: „Er forderte ihre Mitbestimmung als Mitverantwortung für die Demokratie ein“, so Greiner: „Demokratie war für ihn keine Staatsform, sondern eine Lebensform, in der Politikerinnen und Politiker keine Erwählten, sondern Gewählte sind.“

In der zweiten Jahreshälfte 2023 wird die Wanderausstellung Station in Koblenz und Mannheim machen, eine internationale Fassung gastierte im Frühjahr in Portugal.

Zwei Bilder mit 67 Jahren Abstand ...



... aber mit der gleichen Perspektive: Im Juni 1956 war Willy Brandt in seiner Funktion als Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses zu Gast im Kieler Landtag. In der ersten Etage befand sich damals die Lobby vor dem alten Plenarsaal. Brandt (li.) sowie Landtagspräsident Walther Böttcher (re.) und Landtagsvizepräsident Hans von Herwarth gruppierten sich um den Aschenbecher. Nach mehreren Umbauten wird diese Fläche inzwischen für Ausstellungen genutzt – so wie im Frühjahr 2023 für die Schautafeln der Willy-Brandt-Ausstellung.

Landtagsbibliothek wurde neu gestaltet

Die Bibliothek des Landtages bietet ihren Gästen jetzt mehr Komfort und einen noch besseren Service. Das ist das Ergebnis eines Umbaus, der Ende April abgeschlossen wurde.

Interessierte können nun in einer bequemen Sitzecke Platz nehmen, einen der neuen Tisch-Arbeitsplätze nutzen oder selbst am Computer nach Literatur recherchieren. Am Eingang entstand ein Service-Tresen, Neuerscheinungen werden auf „Thementischen“ ausgestellt, und die Beleuchtung wurde verbessert. Die Bibliothek ist nun weitgehend barrierefrei. Die Landtagsbücherei umfasst auf 620 Regalmetern rund 25.000 Bände und archiviert zahlreiche Tageszeitungen sowie etwa 100 Fachzeitschriften. Die Bibliothek in der zweiten Etage des Landhauses dient als Informationsquelle für Abgeordnete und Mitarbeiter von Fraktionen und Verwaltung, steht aber auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Öffnungszeiten: montags bis freitags von 8:30 bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 bis 16:00 Uhr. Gäste bringen bitte ihren Personalausweis mit. Eine externe Leihe ist leider nicht möglich. Der Gesamtbestand ist auf der Website des Landtages (www.sh-landtag.de) unter der Rubrik „Service“ und dem Stichwort „Landtagsbibliothek“ einzusehen. Dort den Link „Online-Katalog“ anklicken. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und -1111.



Ob Fachliteratur oder Tageszeitung: Die Sitzecke in der Landtagsbibliothek lädt zum Lesen ein.

„Emmi“ für söben Platt-Projekte

„De Katt is weg“ – so heet dat Hörspeel, dat de Platt-AG vun de Grundschool Lüttenheid opnommen hett. De Kinners un ehre Lehrers ut Heide hebbt doormit de Emmi wunnen, de plattdütsche Oscar. In’n Juli weern se in Kiel üm sik ehren Pries aftoholen. Ok de Grundschulen ut Reinbek un Lägerdorf hebbt de Emmi kregen, asok de Platt-AG vun de Alexander-von-Humboldt-School in Niemünster för ehren „Plattcast“. De Plattdütsche Vereen Viöl ward uttekent, för de Akschoon „De Bastelbüdel“. Jonna Jordt vun de Uni Flensburg hett ehre Bachelor-Arbeit över de „Außerschulische Förderung des Niederdeutschen innerhalb der Landjugendvereine in Schleswig-Holstein“ schreven un hett dorför ok en Emmi afbekomen. De söbente Emmi güng na Lübeck, an de Radio-Redakschoon vun Lübeck FM un dat Magazin „Platt ut de Hansestadt“.



De „Emmi för Plattdütsch“ is en Pries, den de Sleswig-Holsteensche Heimatbund tosamen mit de Landdag un dat Ministerium för Bildung, Wetenschap un Kultur op de Been stellt hett. Alle twee Jahr könnt sik Lüüd ut Kinnersgoorns, ut Scholen, vun de Hochschulen un ut Vereenen un Verbänden üm de ieserne Statue bewarben.

Lara las am besten

Lara Augustin von der Lornsenschule in Schleswig hat Anfang Mai im Schleswig-Holstein-Saal den Landesentscheid des Vorlesewettbewerbs gewonnen. Sie überzeugte die Jury mit einer Passage aus ihrem Lieblingsbuch, „Ajay und die Tintenhelden“ der britisch-indischen Autorin Varsha Shah sowie einem Ausschnitt aus einem ihr unbekanntem Werk: „Unter null Grad“ der Engländerin Ele Fountain. Landesweit hatten 18.000 Kinder aus den sechsten Klassen in diesem Jahr teilgenommen, 200 Schulen waren dabei. Neben Lara hatten sich vier Jungen und ein weiteres Mädchen für das Finale qualifiziert, das der Landtag alljährlich gemeinsam mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels ausrichtet. Ende Juni reiste Lara nach Berlin und vertrat Schleswig-Holstein beim Bundeswettbewerb – sie landete knapp hinter dem Sieger aus Niedersachsen.





Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



175 Jahre Einheit Schleswig-Holsteins durch Verfassung / Prof. Utz Schliesky – Kiel: Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften, 2023. – 74 S. / Standort: LTB FGM11/SCHL.

Schleswig-Holsteins erste freiheitliche Verfassung fand vor 175 Jahren große Beachtung und hatte für die Verfassungsentwicklung in Deutschland eine Vorbildfunktion. Utz Schliesky, Vorstandsmitglied des Lorenz-von-Stein-Instituts an der Uni Kiel und Verwaltungsdirektor des Landtages, beleuchtet den verfassungsgeschichtlichen Hintergrund, der durch das schwierige Verhältnis der Herzogtümer Schleswig und Holstein zum dänischen Gesamtstaat und durch die „legale Revolution“ vom März 1848 gekennzeichnet ist, und stellt Traditionslinien von Demokratie und Rechtsstaat heraus, die bis heute reichen.



Welt im Alarmzustand: Die Wiederkehr nuklearer Abschreckung / Peter Rudolf. – Bonn: Dietz, 2022. – 138 S.

Standort: LTB GKL/RUDO

Paradoxerweise beruht die Abschreckungslogik, die einen Atomkrieg verhindern soll, auf der Drohung, Nuklearwaffen einzusetzen. Heutzutage gewinnt die nukleare Abschreckung angesichts neuer Großmächte Konflikte wieder an Bedeutung, insbesondere seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Deutschland neige dazu, so Peter Rudolf, Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik, der militärischen, politischen und moralischen Debatte auszuweichen. Als NATO-Mitglied sei es aber in das Abschreckungssystem eingebunden und müsse sich seiner Verantwortung stellen.



Freie Zeit: Eine politische Idee von der Antike bis zur Digitalisierung / Gregor Ritschel. – Bielefeld: transcript, 2021. – 269 S.

Standort: LTB GFM5/RITS

Die bisherige Form der Vollzeitarbeit ist im Wandel begriffen. Mit Blick auf die politische Ideengeschichte und aktuelle Debatten zu Automatisierung und Digitalisierung entwirft der Leipziger Politikwissenschaftler Gregor Ritschel einen allmählichen Übergang hin zu einer Gesellschaft mit weniger durch Arbeit gebundener Zeit. Das frei werdende Potential könne in soziale, kreative und umweltschonende Aktivitäten fließen, so Ritschel. Sein Buch ist „ein Plädoyer für den gesellschaftspolitischen Abschied von der 40-Stunden-Woche im digitalen Zeitalter“.

JiL-Broschüre erschienen

Die Broschüre zur 35. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ (JiL) liegt jetzt vor. In der 330 Seiten starken Dokumentation sind alle Anträge und Beschlüsse der Jugendlichen aus dem vergangenen November sowie die Stellungnahmen der Landtagsfraktionen, der schleswig-holsteinischen Landesgruppen im Bundestag und der Landesministerien enthalten. Die 90 jungen Leute aus ganz Schleswig-Holstein hatten insgesamt 39 Anträge verabschiedet. So fordern sie eine Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr, einen günstigeren ÖPNV, mehr digitalen Schulunterricht und gesünderes Schulesen.

Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden:
bestellungen@landtag.ltsh.de
Telefon: 0431 / 988-1639

Impressum

Herausgeber:
Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:
Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)
Tel. 0431/988-1268, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)
Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Fotos:
Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Detlef Ziep, Gabriele Dorby, Sophia Seidel, Stefan Werminghoff, Holger Störhmann, Christian Lipovsek, Janine Wergin, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Edia Thome/pixelio.de, Birgitta Hohenester/pixelio.de, Jürgen Bucker/pixelio.de, Margret Witzke, Dietz-Verlag, Transcript-Verlag, Lorenz-von-Stein-Institut, Landtag Südtirol, Triff/shutterstock_1065730331

Konzept:
Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de

Gestaltung, Layout:
AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Herstellung, Druck:
AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:
(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639.
Fax 0431/988-1119, bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

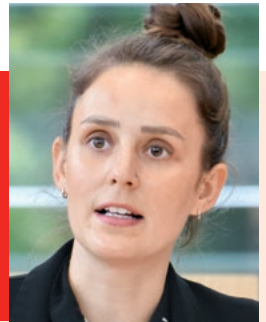
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. Juli 2023

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Lösung des Quiz auf Seite 16/17:
FEDERTASCHEN

Sophia Schiebe, SPD

geb. am 12. Oktober 1989
in Hagenow (Mecklenburg),
Pädagogin,
wohnt in Lübeck,
ledig



Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Bevor ich in den Landtag kam, habe ich den Ganzttag einer Grundschule geleitet. Nach dem zweiten Lockdown wurden innerhalb einer Woche drei Kinder aus ihren Familien in Obhut genommen. Das hat mich sehr mitgenommen. Schnell wurde mir klar, dass ich mehr für Familien in schwierigen Situationen tun möchte und es nicht länger hinnehmen kann, dass Rahmenbedingungen so ausgestaltet sind, dass Familien daran scheitern.“

Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Ich habe kein Lieblingsbuch. Es gibt aber mehrere Bücher, die mich stark geprägt haben. Eines von ihnen ist der Klassiker von Simone de Beauvoir, ‚Das andere Geschlecht‘. Mit ihrem Werk hat Simone de Beauvoir uns Frauen vor Augen geführt, dass wir nicht als Frauen geboren werden, sondern die Gesellschaft uns dazu macht.“

Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Spontan fällt mir dort leider niemand ein. :-)“

Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Mein Handy und meine Kopfhörer, damit ich Musik und Podcasts hören kann. Darüber hinaus eine Decke, weil ich ohne eine Decke nicht einschlafen kann.“

Was bringt Sie auf die Palme?

„Ungerechtigkeiten! Ich ertrage es nicht, wenn Menschen nicht die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben, ihr Leben zu gestalten. Wenn während meiner ehemaligen Arbeit zum Beispiel ein Kind zu mir ins Büro kam und mal wieder nichts zu essen für den Schultag dabei hatte, konnte ich das schwer aushalten. Entweder habe ich dann mein Essen weitergegeben oder hatte zum Glück im Büro für solche Fälle vorgesorgt.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Jedes Kind und jeder Jugendliche muss für mich die gleichen Chancen darauf haben, sich so entwickeln zu können, wie er oder sie es braucht und möchte. Daher muss unser Bildungssystem gerechter werden. Das fängt für mich schon beim Geldbeutel an. Ich will, dass die Ausbildung von der Kita bis zum Meister oder Master kostenfrei ist.“

Gedenken an den Aufstand vom 17. Juni 1953

Zum 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953 hat der Landtag der Opfer gedacht, die während der SED-Herrschaft verfolgt, verhaftet und getötet wurden. Zugleich zollte das Parlament in einer gemeinsam auf den Weg gebrachten Resolution „den mutigen Menschen des Aufstandes“ seine Anerkennung und seinen Respekt.

In ihrer Resolution rufen CDU, Grüne, SPD, FDP und SSW dazu auf, im Rahmen der Politischen Bildung „den historischen Kontext und die Bedeutung des Volksaufstandes zugänglich zu machen und damit die Erinnerung an den mutigen Einsatz der Frauen und Männer für ihre Freiheit und die Freiheit eines ganzen Volkes zu bewahren“. Landtagspräsidentin Kristina Herbst stellte fest: „Der Geist des 17. Juni verpflichtet uns, die Freiheit gegen ihre alten und neuen Feinde zu verteidigen.“

Im Juni 1953 hatten Arbeiter überall in der DDR gegen eine Erhöhung der Arbeitsnorm demonstriert. Viele stellten den SED-Staat aber auch grundsätzlich in Frage, forderten freie Wahlen und ein anderes Wirtschaftssystem. Die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen schlugen den Aufstand nieder.

Forschungsprojekt zu Finanzämtern in der NS-Zeit

Die Rolle der schleswig-holsteinischen Finanzbehörden während der Zeit des Nationalsozialismus soll in einem Forschungsprojekt aufgearbeitet werden. Eine entsprechende Bitte an die Landesregierung hat der Landtag im Mai einstimmig beschlossen.

Insbesondere geht es um das Agieren der Finanzämter bei der Enteignung von Juden sowie Sinti und Roma. Dieses Kapitel der Landesgeschichte sei derzeit nur lückenhaft erschlossen, so FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. Die Liberalen hatten den Anstoß zu dem Beschluss gegeben. Vogt verwies darauf, dass die Behörden verfolgte und ausreisewillige Menschen mit einer „Reichsfluchtsteuer“ und einer „Judenvermögensabgabe“ ausgebeutet hätten.

Diese erpressten Gelder sollten „die Haushaltslöcher der durch die Aufrüstung verschuldeten Reichsregierung stopfen“, merkte Uta Wentzel (CDU) an. Weitere Summen seien durch die „Arisierung jüdischer Unternehmen“ dazugekommen. Schleswig-Holstein trage bei diesem Thema eine besondere Verantwortung, betonte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) und verwies auf die weitreichenden NS-Seilschaften im Lande nach dem Zweiten Weltkrieg.



Vu Quang Minh (li.), Botschafter der Sozialistischen Republik Vietnam in Deutschland, bekam bei seinem Besuch Anfang Mai einen Eindruck vom Plenarsaal. Landtagspräsidentin Kristina Herbst und Verwaltungsdirektor Utz Schliesky führten den Diplomaten durchs Haus.



Anfang Juni war das Landeshaus Zwischenetappe auf der 2. Husumer Küstentour der Rotarischen Oldtimer-Freunde Deutschland. Die Fahrer und Passagiere der rund 20 Autos kamen für ein Informationsprogramm in den Plenarsaal.

Zu Besuch im Landtag

Vor den Special Olympics Mitte Juni in Berlin, den Wettbewerben für Menschen mit geistiger und Mehrfachbehinderung, reiste das olympische Feuer bei rund 100 Fackelläufen durch Deutschland. In Kiel war das bulgarische Team unterwegs und legte am Landeshaus eine Erfrischungspause ein. Landtagspräsidentin Kristina Herbst wünschte viel Erfolg für die anstehenden Wettkämpfe.



Die Berliner Autorin Emilia Roig stellte Anfang April ihr Buch „Why We Matter. Das Ende der Unterdrückung“ im Plenarsaal vor und diskutierte mit den rund 100 Gästen.

Ngozi Okonjo-Iweala, Generaldirektorin der Welthandelsorganisation WTO und ehemalige Finanzministerin Nigerias, fuhr Mitte Juni mit dem Paternoster zur Verleihung des Weltwirtschaftlichen Preises in den ersten Stock des Landeshauses. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft, die Landeshauptstadt und die IHK Schleswig-Holstein verleihen den Preis seit 2005 jährlich. Er geht an Vordenker einer weltoffenen, marktwirtschaftlichen und sozialen Gesellschaft. Neben Okonjo-Iweala gab es 2023 zwei weitere Preisträger.



Termine, Termine, Termine ...



Bilder von Armin Mueller-Stahl im Landeshaus

Der Landtag und die Investitionsbank (IB.SH) präsentieren in der Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“ eine Ausstellung des Malers, Schauspielers und Ehrenbürgers des Landes, Armin Mueller-Stahl.

In seiner Serie „Jüdische Freunde und Weggefährten“ porträtiert Mueller-Stahl Persönlichkeiten aus Kunst, Wissenschaft und Gesellschaft, die ihn beeinflusst und beeindruckt haben. Die Porträts führen vor Augen, wie stark jüdische Persönlichkeiten das kulturelle, soziale und politische Leben geprägt haben.

Der Filmregisseur Billy Wilder,
porträtiert von Armin Mueller-Stahl

Die Ausstellung ist bis 3. September täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, lediglich Reisepass oder Personalausweis werden benötigt. Ein barrierefreier Zugang ist gewährleistet.

In Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit bietet der Landesbeauftragte für politische Bildung im Rahmenprogramm der Ausstellung eine musikalische Lesung an. Am 15. August um 18:00 Uhr lesen Persönlichkeiten aus Schleswig-Holstein aus den Büchern und Schriften der in der Ausstellung gezeichneten Menschen.

Anmeldung unter
www.politische-bildung.sh oder
telefonisch: 0431 988-1646.

Museumsnacht Ende August

Auch in diesem Jahr beteiligt sich der Landtag an der Kieler Museumsnacht. Am Freitag, den 25. August, lockt das Landeshaus mit einem vielfältigen Programm.

Neben Führungen durch die Armin-Mueller-Stahl-Ausstellung (s. Hinweis auf dieser Seite) ist folgendes geplant:

- Der Düsseldorfer Staatsrechtler Christoph Schönberger liest aus seinem Buch „Auf der Bank“, in dem er die Sitzordnungen in verschiedenen Parlamenten vergleicht.
- Unter dem Motto „Jenseits der Diäten“ interviewt der Journalist Carsten Kock (R.SH) ehemalige Landtagsabgeordnete.
- Als „Zeitzeuge“ präsentiert der Schauspieler Andreas Schauder „Wahres, Gelogenes und Erstaunliches“.
- Imagefilme des Parlaments aus verschiedenen Jahrzehnten werden unter der Überschrift „Landtag goes to Hollywood“ vorgeführt.

Dazu gibt es Live-Musik, Getränke und Snacks.
Mehr unter www.museumsnacht-kiel.de

Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Sommer Außensprechtage, um Bürger vor Ort zu beraten:

Donnerstag, 3. August: Lübeck

Dienstag, 15. August: Heide

Donnerstag, 7. September: Lübeck

Dienstag, 19. September: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr.

Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich.

Telefon: 0431/988-1240.

Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

**Aktuelles unter www.sh-landtag.de,
Rubrik „Beauftragte“**